

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 8/6, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mf. 2.60, frei ins Haus Mf. 2.90, wo keine Post am Orte, Mf. 3.34.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inserentengebühr beträgt für die erste Zeile 25 Pfennige, für die zweite 20 Pfennige, für die dritte 15 Pfennige, für die vierte 10 Pfennige, für die fünfte 5 Pfennige. In der ersten Nummer des Monats Mf. 1.00, in den übrigen Mf. 0.75. In der ersten Nummer des Monats Mf. 1.00, in den übrigen Mf. 0.75. In der ersten Nummer des Monats Mf. 1.00, in den übrigen Mf. 0.75.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 148.

Breslau, Mittwoch, den 28. Juni 1911

22. Jahrgang.



Arbeiter! Parteigenossen!

Näher und näher rückt die Abrechnung mit dem Pollentottenblock und mit dem Schnapsblock. Schon jetzt bieten die Verfechter der heutigen Ausbeutungsgesellschaft alles auf, dem Strafgericht bei der nächsten Reichstagswahl zu entgehen. Ganze Berge Broschüren und Flugblätter mit dem elendesten, zum Teil alten Schwundel über die Sozialdemokratie werden unter das Volk geworfen. Wird dies Zeug von aufgeweckten Arbeitern auch nicht alles gelesen und noch viel weniger geglaubt, so kann es bei dem weniger aufgeklärten Teile doch Verwirrung hervorrufen oder Gleichgültigkeit erzeugen. Dies muß verhindert werden. Das Mittel dazu ist die

„Volksmacht“.

Keine Zeit ist zur Abonnentenwerbung für die Arbeiterpresse so günstig wie die gegenwärtige. Jeder aufgeweckte Arbeiter sollte es sich zur Pflicht machen, bei seinen Kollegen so lange zu werden, bis sie sämtlich Abonnenten der „Volksmacht“ sind.



Utopisten.

Der Sozialdemokratie wird bekanntlich von ihren Gegnern gern die Wissenschaftlichkeit bestritten. Während wir stolz darauf sind, unseren Sozialismus aus seinen utopischen Anfängen heraus auf die Höhe der Wissenschaft erhoben zu haben, behaupten unsere Gegner, daß gerade im Gegenteil der ganze Sozialismus nur ein kindliches Phantasiegebilde sei, das vor ernster Wissenschaft nicht standhalten könne. Um zu erkennen, auf welcher Seite in diesem Streite die Wahrheit liegt, wird man sich zunächst einmal die Frage vorlegen müssen, was denn überhaupt Wissenschaft ist. Und da dürfte allgemeine Uebereinstimmung darüber herrschen, daß die Wissenschaft von Tatsachen ausgehen muß. Das ist das erste Erfordernis wahrer Wissenschaftlichkeit, daß sie nicht auf luftigen Gebilden der Phantasie sich aufbaue, sondern vor allen Dingen die wirklich vorhandenen Tatsachen zu erforschen sich bemüht. Ja, viele Leute meinen sogar, dies sei überhaupt die ganze Aufgabe der Wissenschaft, den Menschen mit möglichst Genauigkeit die Tatsachen aufzuzeigen, die in der Gegenwart vorhanden sind oder in der Vergangenheit vorhanden waren. Der Astronom strebt zu erkennen, was für Weltkörper sich am Himmel befinden und wie sie sich verhalten; der Chemiker erforscht die Vorgänge in der Natur, soweit sie chemisch sind; der Historiker bemüht sich festzustellen, was in der menschlichen Vergangenheit passiert ist; der Nationalökonom zeigt die wirtschaftlichen Zustände unserer Zeit. Weiter, als solche Kenntnis zu erwerben, hat die Wissenschaft nach dieser Meinung nichts zu tun. Nun ist das ja wohl etwas zu eng gefaßt. Der Astronom erforscht nicht nur das Verhalten jedes einzelnen Himmelskörpers für sich, sondern auch ihre Zusammenhänge unter einander, und aus seiner Kenntnis der Tatsachen zieht er auch allerlei Schlüsse. Und ebenso macht es der Chemiker, der Historiker, der Nationalökonom u. a. auf seinem speziellen Gebiet. Aber richtig ist so viel: jede wissenschaftliche Tätigkeit muß sich stützen auf die Kenntnis der Tatsachen, muß beginnen mit der Erforschung dessen, was ist, und darf sich nicht begnügen mit vager Rede über das, was sein sollte. Und in dieser Weise gerade konstruieren unsere Gegner ihre Vorwürfe gegen die Wissenschaftlichkeit des Sozialismus. Sie sagen: der Sozialismus ist weiter nichts als ein Phantasiegebilde vom „Zukunftsstaat“. Da haben sich ein paar gute Leute hingesezt, haben einen Plan vom „Zukunftsstaat“ ausgedacht und erzählen nun den urteilslosen Arbeitermassen, wie schön es wäre, wenn man diesen Plan verwirklichen wollte. Das ist aber ein Märchen für Kinder, das an den harten Tatsachen der Wirklichkeit zerfällt wie Glas. Mit Wissenschaft hat das nichts zu tun.

Für heute wollen wir bei unseren Lesern als bekannt voraussetzen, daß das Märchen vom Zukunftsstaat weder die Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus bildet, noch mit seinem Wesen überhaupt etwas zu tun hat; daß vielmehr der moderne Sozialismus gerade umgekehrt rein wissenschaftlich verfährt, nämlich von den sozialen und wirtschaftlichen Tatsachen ausgeht, und aus ihnen bestimmte Schlüsse zieht. Dagegen ist es sehr interessant, zu sehen, daß der Fehler, den unsere Gegner uns andichten, von ihnen selbst mit einer erstaunlichen Regelmäßigkeit begangen wird. Lassen wir, um das klarer zu machen, den Vorwurf erst nochmals in eine andere Form: „Die Sozialisten“ — sagen sie — „sind Träumer; unbekümmert um das, was

ist, machen sie sich ein ideales Bild von dem, was sein sollte. Und das ist ein Gegenatz zu aller Wissenschaft.“

In der Naturwissenschaft machen nun die bürgerlichen Forscher einen solchen Fehler niemals. Keinem Chemiker, keinem Astronom wird es einfallen, sich ein System auszudenken, wie die Sterne am Himmel oder die Stoffe in seiner Retorte sich verhalten sollen. Er weiß genau, daß seine Aufgabe nur darin besteht, herauszutreiben, wie sie sich in Wirklichkeit verhalten. Anders steht es schon in der Geschichte. Da findet man nicht selten lauge Betrachtungen des Inhalts, was dieser oder jener Staatsmann hätte tun sollen, und wie alles viel besser gekommen wäre, wenn er ebenso klug gewesen wäre, wie der Verfasser des Buches. Nimmt man aber irgend ein Lehrbuch der Nationalökonomie zur Hand, etwa von einem Universitätsprofessor verfaßt, so kann man sicher sein, daß der allergrößte Teil des Inhalts angefüllt ist mit Betrachtungen über die beste Staatsform, über die beste Handelspolitik, das beste Steuersystem, kurz mit Vorwürfen darüber, wie die wirtschaftlichen Zustände von Staats wegen eingerichtet werden sollten. Nur ganz nebenbei erinnern sich solche Verfasser auch mal daran, daß es ihre Aufgabe sei, die wirtschaftlichen Zustände zu zeigen, wie sie sind.

Nun könnte man sagen, das habe wenig zu bedeuten, denn die Verfasser solcher Bücher seien weltfremde Gelehrte, die dem praktischen Leben fern stehen. Worauf wir freilich erwidern können, daß diese weltfremden Gelehrten dann um so weniger Anlaß hätten, uns Unwissenhaftigkeit vorzuwerfen. Jedoch in der praktischen bürgerlichen Welt sieht es um kein Atom anders aus. Davon haben die letzten Tage wiederum ein eklatantes Beispiel geliefert.

Einer der besten bürgerlichen Zeitschriften, die sich mit praktischer Volkswirtschaft beschäftigen, ist die „Bank, Monatshefte für Finanz- und Bankwesen“. In ihren Blättern ist von weltfremdem Gelehrtentum nichts zu spüren. Aus der Praxis für die Praxis sind sie geschrieben, die lebendigen Vorgänge des Tages behandeln sie für Leser, die im praktischen Bank- und Handelsleben stehen und denet-gelehrte Theorien schnupfen sind. Diese Zeitschrift beschäftigt sich in ihrem Juni-Heft natürlich auch mit dem amerikanischen Urteil gegen die Trusts. Und im Gegensatz zu dem, was man sonst darüber gelesen hat, aus dem richtigen Gefühl des Praktikers heraus, steht sie nicht an, die amerikanischen Richter zu loben. „Es war keine Frage“, schreibt sie, „daß der klare Wortlaut des Gesetzes den Richtern die Möglichkeit gab, nicht nur alle die Monopolgebilde glattweg aufzulösen, sondern auch zu verhindern, daß sich die einzelnen Teile wieder zusammenfünden“. Wenn sie das aber nicht taten, so haben sie „einfach als nützlicher Realpolitiker gehandelt und dem (vor 21 Jahren erlassenen) Gesetz diejenige Auslegung gegeben, von der sie annehmen mußten, daß sie ihm seine Urheber selbst unter den gegenwärtigen Verhältnissen gegeben haben würden“. In diesem Zusammenhange steht dann der folgende Satz:

„Vor 40 Jahren war das Trustwesen noch ein verhältnismäßig schwaches Reis, das mühselos hätte ausgerodet werden können. Vor 20 Jahren, als man das Gesetz erließ, wäre es schon schwerer, aber wohl noch nicht unmöglich gewesen, den schnell aufgeschossenen Stamm zu fällen. Heute ist das Trustwesen ein Riesbaum, der mit seinen Zweigen das ganze aewerbliche Amerika überdeckt, und der in seinem Fall alles unter sich erschlagen würde.“

Daran wird dann folgende Schlussfolgerung für Deutschland geknüpft:

„Für Deutschland, wo wir mit unheimlicher Schnelligkeit amerikanischen Verhältnissen zuleuern, ergibt sich daraus eine ernste Lehre. Schon heute sieht sich die Regierung veranlaßt, mit Gebilden zu paktieren, die sie vor wenig Jahren bekämpfen zu müssen glaubte. (Wiermit ist das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat gemeint.) Wie lange noch, und es bleibt ihr keine Wahl mehr, ob sie die Monstra (Ungeheuer), die sich aus ihnen entwickeln mögen, anerkennen oder beseitigen will. Wie in der Politik, so gibt es auch in der Wirtschaftsentwicklung ein „zu spät“.“

Man überlege genau, was diese Sätze bejagen: Die Amerikaner haben vor vierzig und auch noch vor zwanzig Jahren nicht richtig gewußt, wie die wirtschaftlichen Zustände am besten eingerichtet werden müssen. Wären sie damals klug genug gewesen, dann würden ihre Verhältnisse jetzt mehr dem Idealbild entsprechen; das sich der Verfasser des „Bank“-Artikels von den bestmöglichen wirtschaftlichen Zuständen zurechtgemacht hat. Ist dies nicht genau das Verfahren, das die bürgerliche Nationalökonomie ständig uns Sozialdemokraten zum Vorwurf macht? Spricht daraus nicht die feste, geradezu selbstverständliche Ueberzeugung, daß die Menschen durch künstliche Eingriffe ihre Wirtschaftszustände „machen“? Wird hier nicht in jeder Zeile die Methode gehandhabt, bei der Beobachtung wirtschaftlicher Dinge immer zuerst darauf zu sehen, wie sie sein sollten, und nicht wie sie sind?

Die Idee, daß die Amerikaner durch geeignete Maßnahmen vor vierzig Jahren das Trustwesen hätten verhindern können, ist so kindlich, daß man darüber nur den Kopf schütteln kann. Aber nicht minder kindlich ist nun die Idee, daß die Deutschen das heute noch tun könnten. Es ist das genau die Denkweise, die der Sozialismus früher einmal, in überwindenen Zeitläuften, hatte, als er

noch utopisch war, erst ein System aufstellen, wie es sein sollte, und dann die Menschen durch kluge Leitung dahin bringen, daß sie es so einrichten. Wissenschaftlich ist das nicht. Wissenschaftlich ist das umgekehrte Verfahren: zuerst feststellen, wie die Dinge wirklich sind, und dann daraus erkennen, wie wir uns verhalten müssen, um uns ihrem Werden und ihrer Entwicklung anzupassen. So macht es heute der Sozialismus. Er weiß insolge dessen, daß das Trustwesen aus den vorhandenen wirtschaftlichen Bedingungen und Bedürfnissen erwachsen ist, und er macht deshalb nicht den törichten Versuch, es durch Gesetze oder dergleichen zu vernichten, sondern er sucht die Wege, auf denen es möglich ist, das Trustwesen für die Bedürfnisse der Menschen nutzbar zu machen. Und diesen Weg findet er nicht in der Auseinandersetzung der Schritt vor Schritt zusammengewachsenen Kapitalmassen, sondern in ihrer Enteignung.

Wir denken, diese Erwägungen werden einem jeden zeigen, wo in Wirklichkeit die „Utopisten“ und wo die wahren „Realpolitiker“ zu finden sind.

Politische Uebersicht.

Der Wahlrechtsantrag auf der Tagesordnung.

Der Antrag der Fortschrittler betreffend Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen steht nun endlich auf der Tagesordnung. Ob das Dreiklassenhaus aber wirklich auch am Dienstag dazu kommen wird, ihn zu beraten, wollen wir als vorsichtige Leute nicht positiv behaupten. Zuvor stehen nämlich noch das am Montag erst angeordnete Groß-Berliner und das allgemeine Zweckverbandsgesetz auf der parlamentarischen Speisekarte verzeichnet. Wenig fehlte und ausgerechnet außer dem nationalliberalen Antrag wäre auch noch die rheinische Gemeindeordnung vorher angelegt, was dann, wie Genosse Hoffmann andeutete, dem Zentrum die schönste Gelegenheit gegeben hätte, wieder einmal die Schnelligkeit der Füße seiner Mitglieder zu erproben. Wie gesagt: ob nicht irgendwelche junterliche Müde oder klerikale Tücke bei den Zweckverbandsgesetzen praktiziert werden wird, um eine Beratung des Wahlrechtsantrags zu hindern, steht dahin, trotz der herausfordernden Miene, die am Montag Abend der König aller Preußen in Klein-Tschunkawe aufleckt.

Doch immerhin: der Wahlrechtsantrag steht auf der Tagesordnung am Dienstag. Einen Antrag, ihn auf die Tagesordnung der Montagssitzung zu legen, den Genosse Hoffmann gleich zu Anfang der Sitzung des Tages einbrachte, ließ Kröcher gar nicht zu. Ueber unseren zweiten Knebelungs-Antrag, den die Brandenburger abzugeben, wurde zwar abgestimmt, aber die Abfertigung, wie es sich versteht, abgelehnt, wobei, wie es sich seit noch mehr versteht, die Nationalliberalen neben dem bieberen Zentrum die Kröchermehrheit formieren halfen. Die Montagssitzung brachte dann weiter die Annahme des Begereinigungsgesetzes in agrarischer verschlummelter Gestalt, die einstimmige Annahme eines Antrags auf Unterstüfung der Nahe-Winger, die Zurückverweisung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Eisenbahnarbeiter an die Kommission und den Beginn der erneuten Beratung des vom Herrenhaus weiter verballhornten Groß-Berliner Zweckverbandsgesetzes. Gegen das Begereinigungsgesetz stimmten sowohl die Fortschrittspartei als unsere Fraktion; aber die eigentümlich hausagrarische Begründung, der freisinnigen Ablehnung durch Herrn Lippmann zwang den Genossen Liebknecht zu einer scharfen Kennzeichnung dieses Verfalls. Ebenso legte Genosse Liebknecht die Gründe dar, die uns zur Ablehnung des Groß-Berliner Zweckverbandsgesetzes und nun vollends in der Gestalt, die die preussische Lords ihr gegeben und in der die parlamentarische preussische Gentry es annehmen will, nötigen.

Im Laufe der Geschäftsordnungsdebatte über die Fehlschlagung der Tagesordnung des Dienstags, wurde Genosse Liebknecht von Kröcher durch einen Ordnungsruf geehrt.

Wir hoffen, daß Seine Majestät das nicht gesagt hat!

Die Konservativen sind außer sich über die Meldung der „Neuen Ges. Corr.“ von dem Kaiserwort „Meine Sozialdemokraten sind gar nicht so schlimm.“ Es ist ihnen schrecklich, denken zu müssen, daß dieses Wort gegen den roten Lappen angeführt wird, mit dem allein sie sich über die nächsten Wahlen retten wollen. Die „Tägl. Rundschau“ stellt zwar fest, daß die „N. G. C.“ stets zuverlässig ist, fügt aber resigniert hinzu: „Wir geben die Mitteilung wieder, da sie die Presse beschäftigen wird, hoffen aber, daß das Wort nicht gefallen ist.“

Ganz anders schimpft aber die untergeordnete Junterpresse los, z. B. läßt sich das aufgeregte Nischelblättchen folgendermaßen vernehmen:

Durch die Presse geht eine Uebersetzung unseres Kaisers. Jrgend einer hat von irgend einem, der angeblich „dabeigekannt“ hat, gehört, was der Kaiser zu irgend einem Dritten gesagt hat; und tags darauf steht es in der Zeitung. Die Komplottschiffel für den Arbeiter sei voll, soll der Kaiser einmal gesagt haben; er wolle keinen Brotkrumen treiben, ein andermal; und jetzt meldet eine Korrespondenz, er habe gesagt: „Meine Sozialdemokraten sind gar nicht so schlimm!“ Wir sind natürlich nicht durch Privatabel — wie das wahr die in Wilhelms Diensten ergrante Neus Gesellschaftskorrespondenz, der die Presse diese Nachricht verbant — mit der „Hoherzollern“ verbunden; man braucht auch nicht bei der Botschaft des kaiserlichen Amtes anzuklopfen, um mit der Wahrheit versehen zu können: diese Informationen fallen. Dieser Monarch, der, wie vor vier Jahren

nicht versteuert hat. Der Verdacht liegt aber nahe, daß der nichtversteuerte Betrag noch größer sei. Natürlich entfällt auf den nachgezählten Betrag an Einkommensteuer auch noch der entsprechende Zuschlag an Kommunalsteuern. Die Arbeiter der Eisenwerke sind ganz sicher nicht in der Lage gewesen, auch nur einen Pfennig Steuer zu hinterziehen; es ist dafür gesorgt, daß auch der letzte Heller der Arbeiter versteuert werde. Steuerhinterziehung bleibt ein Privileg der Besitzenden.

Die Landtagswahlen in Oldenburg. Als Einleitung zu den im Herbst stattfindenden Landtagswahlen wurden vom Sozialdemokratischen Wahlverein die bisherigen Abgeordneten Hugo Meyer und Schulz-Rüstringen und Heilmann-Oldenburg wieder als Kandidaten für den Wahlbezirk Rüstringen aufgestellt.

Der Kampf im Hansabunde. Die dem Zentralverbande Deutscher Industrieller nahestehende scharfmacherische „Post“ teilt in ihrer Abendausgabe vom Montag mit:

„In manchen Kundgebungen wurde der Austritt (Röders) sogar als ein Gewinn für den Hansabund bezeichnet. Wir können heute einen weiteren solchen Gewinn des Hansabundes verzeichnen. Es ist nämlich der Austritt des Bankiers Ludwig Delbrück, Mitglied des Reichshauses, der persönlich und für seine beiden Firmen Delbrück, Schindler u. Co. und Gebrüder Delbrück den Austritt aus dem Hansabund erklärt hat. Auch hatten wir Gelegenheit, mit einem führenden Industriellen aus dem Rheinlande zu sprechen, der uns mitteilte, die gesamte rheinisch-westfälische Großindustrie werde sich dem Vorgehen Röders Mann für Mann anschließen.“

Demnach scheint die gesamte Schwerindustrie dem Hansabunde den Rücken kehren zu wollen.

Das reichsländische Zentrum. Das reichsländische Komitee der Straßburger Zentrumspartei stimmt folgender Resolution zu: „Das erweiterte Komitee lehnt jede grundsätzliche Gemeinschaft mit der in Bildung begriffenen Nationalpartei ab. Diese Partei gefährdet die Aufrechterhaltung und die Erfüllung der unerschütterlichen Aufgaben unserer Parteiorganisation. Die Nationalpartei und ihre Unterstützung durch uns ist unvereinbar mit der nachdrücklichen Vertretung der christlichen Ideale unserer Partei, die uns in der heutigen Zeit als die erste Pflicht unseres christlich-ethisch-sozialen Volkes erscheint. Ein Erfolg der Nationalpartei würde ferner dazu führen, daß die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen des Zentrumsprogramms nicht mit der Entschiedenheit im Landtage vertreten werden könnten, wie es für uns nötig ist.“

Nach einer Meldung aus Romar wurde ein Antrag Blumenthals auf Eintritt in die Nationalpartei von seinen engsten Parteifreunden abgelehnt.

Das heilige Köln und die Feuerbestattung. Gegenüber der fulminanten Rede des Kardinals Fischer von Köln im Dörsenhaus nimmt sich die Tageszeitung an, daß sich die Zentrumsfraktion im Kölner Rathaus bereits vor vier Jahren für die Errichtung eines Krematoriums mit Urnenhain in Köln ausgesprochen hat. Damals stand die Annahme eines großen Vermögensverlustes auf der Tagesordnung. Der gestorbene Oberlandesgerichtsrat Dr. Paul Rothchild hatte der Stadt 700 000 Mk. für fünfbehälterige Krante der gebildeten Stände und 100 000 Mk. für die Errichtung eines Krematoriums nebst Urnenhain vermacht. Dr. Rothchild sprach in seinem Testament die Ueberzeugung aus, daß es „in absehbarer Zeit auch in Preußen möglich sein wird, Krematorien zu errichten“. Vielleicht war das Kölner Rathaus anderer Meinung, als es der Annahme des Vermögensverlustes zustimmte. Genug: Der Präsidialrat Justizrat Kaufmann erklärte, daß die Zentrumsfraktion nach eingehender Prüfung für die Annahme stimmen würden, wenn auch der christliche und der jüdische Kultus die Feuerbestattung ablehnten, so dürfe man doch auf Andersdenkende keinen Zwang ausüben.

In Köln, wo das Zentrum über eine starke Mehrheit verfügt, ist trotz des Beschlusses des schwarzblauen Blocks, der eine Zweidrittelmehrheit für die Errichtung von Krematorien fordert, also demnach das Krematorium gesichert. Denn die Kölner Zentrumsleute üben auf „Andersdenkende“ keinen Zwang aus — zum Unterschied vom Zentrum im Landtage, das die Feuerbestattung ablehnte.

Konservativer Boykott. Im Anschluß an eine Betrachtung über die von konservativer Seite formulierte Stichwahlparole spottet die „Kreuzzeitung“ über die „furchterliche Entrüstung der Linken über den angeblichen Boykott gegen den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten und Landdirektor Dr. Weber“. Die „Kreuzzeitung“ fährt dann aus: „Wenn jemand eine verantwortliche Berufsstellung bekleidet, dann muß er ihr auch in seiner Eigenschaft als Parteitageladener jenseit Rechnung tragen, daß er anders Gemeinte, mit denen er geschäftlich persönlichen Verkehr zu pflegen hat, nicht in ihrer Ehre kränkt. Es wäre in der Tat eine seltsame Auffassung, wenn von einem Vereidigten verlangt werden sollte, mit dem Vereidigten, deshalb, weil er politischer Führer ist, weiter zu verkehren, als sei nichts vorgefallen und sich — vielleicht — gar noch weiteren Vereidigungen auszuweisen. Die Absicht, Herrn Dr. Weber wirtschaftlich zu schädigen, liegt zweifellos den jüdischen Konservativen fern. Sie fühlen sich eben gewungen, ihn zu meiden. Dafür können und werden wohl auch seine Gesinnungsgenossen durch um so regeren Verkehr mit ihm ihn schadlos halten.“

Die „Kreuzzeitung“ wird es also in Zukunft nur billigen, wenn Sozialdemokraten — dem Kreuzzeitungsrezept entsprechend handeln sollten.

Ausland.

Das Ergebnis der britischen Reichskonferenz.

Zweifellos bedeutet die nun beendete Tagung der Vertreter der Kolonien mit denen der heimischen Regierung eine Festigung der zwischen den verschiedenen, sich selbst verwaltenden Zellen des Reiches bestehenden Verbindung — ebenso sicher aber auch eine Ablehnung des Imperialismus Chamberlainscher Richtung, der auf eine in förmlichen Einrichtungen sich ausprägende Reichseinheit und namentlich eine künstliche Förderung der Handelsbeziehungen durch Zollbegünstigungen ausgeht. Der Antrag des Ministerpräsidenten Ward von Neuseeland auf Schaffung einer hauseigenen Reichsverwaltung, die bei den englischen Parlamentariern große Sympathie gefunden hatte, wurde auf der Konferenz von allen Seiten abgelehnt und schließlich zurückgezogen. Damit war auch der Reichsverteidigungsrat, der die Einheit der Flotte führen und später auch das Recht der Besteuerung erhalten sollte, gefallen. Dagegen wurde auf anderen, minder hochpolitischen Gebieten der Weg zu engerem Zusammenschluß ausgebahnt oder doch angebahnt.

So wurde die Frage eines gemeinsamen Reichsbürgerrechts eingehend erörtert, die durch die Verleihung der in den einzelnen Gebieten bestehenden Naturalisations-Vorschriften und die Ausdehnung des nur für Staatsangehörige geltenden Altersprüfungssystems wachsende Bedeutung erhalten hat. Man einigte sich, ohne die einzelnen Kolonien zu binden, auf die vom Minister des Innern Churchill aufgestellten Leitfäden, die zwischen einem erst nach fünfjährigem Aufenthalt zu erwerbenden Reichsbürgerrecht und einem nach Verleihen der einzelnen Kolonien zu erteilenden engeren Bürgerrecht für die einzelnen Gebiete unterscheiden. Das Recht, die Einwanderung zu regeln und dabei auch Unterschiede zwischen den kritischen Staatsangehörigen zu machen (es handelt sich dabei hauptsächlich um die holländischen Chinesen, deren Einwanderung speziell in Südafrika beschränkt ist), bleibt den Kolonien vorbehalten. Weiter wurde auf Antrag Ward's beschlossen, daß eine größere Einheitspolitik

hinsichtlich der Unfallversicherung beziehungsweise Entschädigung im Reich eingeführt werden möge.

Besonders wichtig war die Anregung eines engeren wirtschaftlichen Zusammenschlusses, die von Saurer, dem Premier von Kanada, ausging. Man beschloß, daß die Reichsregierung mit den fremden Regierungen behufs einheitlicher Gestaltung der zwischen diesen und den einzelnen Reichsteilen bestehenden Handelsverträge verhandeln solle. Die volle Freiheit der einzelnen Gebiete wurde auch hier ausdrücklich ausgesprochen. Auf Antrag desselben wurde die Einsetzung einer gemeinschaftlichen Kommission beschlossen, die für jeden Reichsteil die natürlichen Ressourcen, die erteilt und noch mögliche Entwicklung von Produktion und Handel jeder Art prüfen und den Einfluß der bestehenden Gesetze auf die Förderung des Handels zwischen den Reichsteilen feststellen solle. Auf Antrag Harcourt's wurde auch die Frage, durch welche, mit der bestehenden Zollpolitik jedes Gebiets verträglichen Mittel dieser innere Handel gefördert werden könne, mit herangezogen.

Ein Vorschlag Ward's betreffend Schaffung eines alle Reichsteile umfassenden Güterverkehrs veranlaßte Lloyd George, die Schwierigkeiten einer solchen Einrichtung darzulegen. Seit der letzten Konferenz habe eine Kommission darauf, die namentlich die riesigen Kosten eines Schnellverkehrs festgestellt habe. Schließlich wurde ein Beschluß gefaßt, nach dem England mit Kanada und durch dieses mit Australien mittels des bestmöglichen Güterverkehrs verbunden werden solle. Weiter wurde beschlossen, den Post-Schwarzverkehr über das ganze Reich auszuweiten. Auf eine Anfrage Ward's betreffend Einführung des allumfassenden Penny-Postos teilte der Postminister Samuel mit, daß bei dem Reichs-Penny-Posto jährlich 9 Millionen Mark zugestrichen würden. Schließlich wurde die Einrichtung eines über das ganze Reich gehenden Systems drahtloser Telegraphie in Aussicht gestellt. Zunächst soll folgende Liste geschaffen werden: England — Cyprien — Aden — Bombay — Hinterindien — Westaustralien — Neuseeland.

So ist ohne die Anwendung der Gewaltmittel des militärischen Imperialismus ein erheblicher Fortschritt in der Reichsgemeinschaft der weichen Selbstverwaltungsformen erzielt worden. Für die farbigen, insbesondere das Hauptausbeutungsgebiet Indien bleibt die alte Unfreiheit, die sie nur zum Gegenstand, nicht zum Mittel der Reichsgewalt macht, fortbestehen. Ueber die Bedeutung der neueren Entwicklung des Reichsproblems sagt der kanadische Schriftsteller Dr. F. A. Macdonald treffend in der „Nation“: Die volle Reichsweite der Kolonien bedarf keiner besonderen Betonung. Aber es ist die Treue Gleichberechtigter. Sie gilt nicht der alten Vorstellung des Reiches, sondern dem neugeborenen Ideal, das in der Vorstellung der englisch redenden Völker lebt und dessen Verwirklichung das hohe geschichtliche Verdienst der aus Briten stammenden Nationen ist. Für dieses neue Ideal im Leben der britischen Völker ist das alte Wort „Reich“ (Empire) falsch. Der alte autoritäre Ausdruck muß eine neue Bedeutung erhalten. In dem Sinne, daß das „Reich“ in Wahrheit kein Imperium und der König kein Imperator ist, sind wir alle froh und stolz, Bürger des britischen Reichs und Untertanen des Königs zu sein.“

Wie neu und eigenartig die Bedeutung ist, die nun in die alten Worte „Reich“ und „Imperialismus“ gelegt wird, das geht hervor aus den Reden, die von den Vertretern der Besitzenden (Dominants) in dieser Konferenz beantragt und ausgeführt worden sind. Da ist kein alter Reichsbegriff, der nicht mit Bewußtsein verlegt worden wäre. Das zeigt sich in der Selbstaufklärung in Fragen, die nach der alten hausindustriellen Schule Lebensfragen für das wahre Wesen des Reichs aufwerfen. Die Beschlüsse über die höchste Gewalt über die Regelung der Einwanderung und Erlaß von Gesetzen über Naturalisation und Bürgerrecht innerhalb ihrer Grenzen. Ihre Handelspolitik ist ihre eigene Sache, und jede regelt ihr Wohlsein selbst. Sogar in den Fragen der Verteidigung steht das letzte Wort im Kriegsfall den Regierungen und Parlamenten der überseeischen Völker des Reichs zu.“ — Anders gesprochen: Das britische Reich ist schon heute ein Bundesstaat, in mancher Hinsicht sogar ein Bundes selbständiger Staaten mit genau so viel Gemeinshaftlichkeit in Recht und Politik, wie jedem Teilnehmer genehm ist. Und gerade darin, in dieser Gemeinschaft, die nicht auf Zwang, sondern auf freiem Willen, auf Gleichartigkeit von Art, Empfindung und Interessen beruht, zeigt sich die Größe des britischen Staatsgebildens, von dem wir russifizierten Deutschen noch so unendlich viel zu lernen haben.

Zur französischen Ministerkrise. Präsident Fallières empfing den Besuch des Herrn Caillaux, den er nach einer längeren Unterbrechung mit dem Veruche der Kabinettsbildung betraute. Herr Caillaux begab sich zum Espey zu Herrn Monis und erstattete dann die übrigen Höflichkeitsebenheiten bei den beiden Präsidenten des Parlaments ab und bei dem ehemaligen Ministerpräsidenten Bourgeois, Combes, Ribaut und Clemenceau. Er wird sich im Laufe des Tages mit den Politikern in Verbindung setzen, die er für die Bildung seines Ministeriums in Aussicht genommen hat. Alles, was bisher über Namen verhandelt, ist lediglich Kombination.

Vergessen! Ueber einen unheimlichen Fall aus dem Leben der politischen Sträflinge wird aus Krasnojarsk gemeldet: Soeben sind der Inspektor des Gefängnisses von Muussifsk Risselov und der Hauptaufseher Sidorow ihrer Amputation entsetzt worden. Der Grund dafür ist folgender: Im vorigen Winter haben die Beamten den politischen Sträfling Suchatichow in dem ungeheizten Karzer eingesperrt und dann keinen „vergessen“. Als man sich schließlich des Unglücklichen erinnerte, waren seine beiden Hüfte völlig erfroren. Nach vorgenommener Amputation beider Hüfte verschied der auch sonst gänzlich erstarrete politische Sträfling.

Reichsruhrs und Glombinische Demission angenommen. Wie nunmehr in Wien bekannt gegeben wird, hat der Kaiser die Demission des Handelsministers Dr. Reichsruhrs und des Eisenbahnministers Glombinisch angenommen.

Baron Gausch, der vom Kaiser den Auftrag erhalten hat, die innerpolitische Situation zu entwerfen, hat mit den parlamentarischen Führern Verhandlungen eingeleitet und ist bemüht, eine Parteikoalition im Parlament zu schaffen, die durch enge Anteilnahme an der Entwerfung und durch Verteilung mehrerer Portefeuilles an Parlamentarier eine sichere Regierungsmehrheit verbürgt. Sollten diese Verhandlungen von Erfolg sein, so wird das Kabinett Wienreich's sofort demissionieren und Baron Gausch ein neues Kabinett, bestehend aus Deutschfreihültern, Christlichsozialen, Polen, Tschechen und Südslawen bilden.

Parteiangelegenheiten.

Reichstagskandidat. In einer Wahlkreis-Konferenz für den Reichstagswahlkreis Kaufbeuren (S. Schwäbischer Wahlkreis) wurde anstelle des Genossen Jilt, der aus Gesundheitsrückständen zurückgetreten ist, Genosse Albert Schmidt, Gewerkschaftssekretär in München, aufgestellt.

Wof drei Prozesse gegen die Dortmunder Arbeiterzeitung. Da man den Genossen Wehlich aus dem Gefängnis bringen gerade zur Stelle hatte, veranlaßten Staatsanwalt und Gericht ein großes Aufsehen. In drei Tagen wurden im Ganzen sechs Prozesse gegen ihn verhandelt. Am Sonnabend wurden allein drei Sachen erledigt. Den Vorsitz der Strafkammer führte Landgerichtsdirektor Wären, der auch den Vorsitz führte, als Genosse Wehlich wegen Verleumdung des Kaplans Fesse zu 6 Monaten verurteilt wurde. Weil Wären in

jener Verhandlung eine lebhaftige Erregung verriet, lehnte Wehlich ihn am Sonnabend wegen Befangenheit ab; Herr Wären erklärte sich aber für nicht befangen.

Interessant war vor allem die Klage wegen Verleumdung des Amtsrichters Panen in Jena. Panen hatte gegen zwei Studenten zu verhandeln gehabt, die in eine Polizeiwache eingedrungen waren, Lärm gemacht hatten und dann an die frische Luft befördert worden waren. Sie standen unter Anklage des gemeinsamen Hausfriedensbruchs und wurden zu der Mindeststrafe von vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt. Panen hatte behauptet, sie nicht mißtrauen zu können und die Unterstützung eines Gnabengebüchs in Aussicht gestellt. Die Arbeiterzeitung hatte ironisch dazu bemerkt, der Amtsrichter werde genau so handeln, wenn Streikführer auf der Anklagebank säßen. Die Anklage nimmt an, damit sei der Vorwurf der Rechtsungleichheit und der Klassenjustiz erhoben worden, und der Staatsanwalt meinte, es liege eine schwere Verleumdung vor, die 14 Tage Gefängnis verdiene. Das Gericht erkannte auf 7 1/2 Mark Geldstrafe. Der Vorwurf sei zwar recht schwer, doch sei die Nota so gehalten, daß die Grenze der erlaubten Kritik nur eben überschritten sei.

Eine weitere Klage stand mit dem Gemeinderatswahlkampf in Verbindung. Von dem Amtmann von Mitten wurde behauptet worden, er habe in einer Sache eher entschieden, als die Gemeindevorsteher darüber Beschluß gefaßt hätten. Es handelte sich um einen Irrtum des Bewahrsamms unseres Parteiblattes, das Gericht erkannte auf 7 1/2 Mark Geldstrafe. Wegen vorzeitigen Abdrucks eines staatsanwaltlichen Schreibens in dem bekannten Bolaprozess des Bochumer Volksblattes wurde Genosse Wehlich endlich noch zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt.

Arbeiterbewegung.

Zum internationalen Seemannsstreik. Die Berliner Abendblätter vom Montag bringen die folgenden Nachrichten:

London. Der Seemannsstreik, der bereits zum teilweise durchschlagenden Sieg der Unzufriedenen geführt hat, tritt in eine akute Phase. Mit Ausnahme von Southampton, wo der Streik beilege ist, bleiben alle englischen Häfen, besonders jetzt Hull. In keinem einzigen Dock wird dort gearbeitet. 8000 Dockarbeiter haben mit den Seeleuten gemeinsame Sache gemacht. Am Mittwoch wollten auch die dortigen Eisenbahnarbeiter streiken. Gavelock Wilson, der Führer der Unzufriedenen, verlangt für Hull Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses und die Anerkennung der Arbeiterunion durch die Arbeitgeber. Ohne das sei in Hull keine Verständigung möglich. Der Bürgermeister von Hull ist auf dem Wege nach London, um die Hilfe des Arbeitsministeriums anzufragen. Auch in Liverpool ist der Handel außerordentlich bedroht. In London soll eine gemeinsame Verhandlung der Lokalarbeitervereinigungen von Schiffseignern stattfinden, um über die zukünftige Haltung gegenüber der Bewegung zu beraten. Man fühlt in diesen Kreisen, daß die schnelle Nachgiebigkeit einzelner großer Firmen die Gesamtanlage der Arbeitgeber gegenüber den Seeleuten sehr verschlechtert hat.

Amsterdam. Die Syndikate und Vereinigungen der Ausländer und Hafenarbeiter haben beschlossen, das Vorgehen der Seeleute durch Verkündung des Generastreiks zu unterstützen. Infolgedessen ist heute (Montag) bei fünf der größten Reedereien der Streik ausgebrochen.

Möbeltransportarbeiterstreik in Borsheim und Chemnitz. Seit dem 22. d. M. streiken die Möbeltransportarbeiter in Borsheim, da sich die Unternehmer weigern, die Organisation anzuerkennen und einen Tarifvertrag mit dem Transportarbeiterverband, dem 95 Prozent der in Frage kommenden Arbeiter angehören, abzuschließen. Nach längeren Verhandlungen, bei denen die Unternehmer keinerlei Zugeständnisse machen, legten sie eine „Arbeitsordnung“ vor, die als Grundlage für die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen dienen sollte. Diese „Arbeitsordnung“, die im 16. Jahrhundert vielleicht angebracht wäre, aber nicht mehr in die heutige Zeit paßt, schreibt u. a. vor, daß die Arbeiter von der Kundschaft ein Trinkgeld zu verlangen haben, um sich von dieser bezahlen zu lassen und ferner, daß die Arbeiter ihres Lohnes verlustig gehen, wenn sie vor Beendigung ihrer Tagesarbeit die Arbeit verlassen. Diese famosen „Zugeständnisse“ der Unternehmer hätten die zurzeit bestehenden Verhältnisse noch verschlechtert. Aus diesem Grunde legten die Möbeltransportarbeiter einstimmig die Arbeit nieder.

Weiter traten am 26. d. M. die Möbeltransportarbeiter in Chemnitz in den Aufstand, da die Unternehmer sich nicht bereit erklärten, den zurzeit 24 Mk. betragenden Wochenlohn um ein Geringses zu erhöhen, und da sie sich weiter weigerten, die in übergroßer Zahl vorkommenden Ueberstunden zu bezahlen; diese sollten vielmehr umsonst geleistet werden. Da die Unternehmer unter hochhonorarigen Verprechungen verstanden, Arbeitswillige für Borsheim und Chemnitz zu werben, wird dringend um Fernhaltung des Zuguges gebeten.

Tarifbewegung im graphischen Gewerbe. Zwischen der Firma F. Wilmann in Zwickau in Sachsen und dem Verbande der Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, gültig bis zum 31. Dezember 1912. Die Arbeitszeit beträgt für Lithographen täglich acht und für Steindrucker neun Stunden, Sonnabends acht Stunden. Vom 1. Oktober dieses Jahres ab vermindert sich die Arbeitszeit der Steindrucker auf täglich 8 1/2 Stunden. Der Mindestlohn beträgt 27 Mk. pro Woche. Ueberstunden wurden an Arbeitstagen mit 83 1/2 Prozent und an Sonntagen mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt. Ueberstunden sind unzulässig. Die landesgesetzlichen oder vom Geschäft angeordneten Feiertage werden bezahlt. — Auf je 1 bis 5 Gehilfen kann ein Lehrling gehalten werden; die Lehrling beträgt vier Jahre. — Ferien werden gemäß: nach einjähriger Beschäftigung drei Tage und nach dreijähriger Tätigkeit 6 Tage. Bei Bedarf von Arbeitsträften ist in erster Linie der Arbeitsnachweis des Gewerkschaftsverbandes in Anspruch zu nehmen. — Bei Abschluß des Tarifvertrages werden außerdem eine Reihe Lohnzulagen bewilligt; Ferien kommen in diesem Jahre für 20 Gehilfen mit 91 Tagen in Betracht.

In Lüdenscheid in Westfalen wurde mit der Firma W. van Peele ein Tarifvertrag auf drei Jahre abgeschlossen, der im wesentlichen die gleichen Bestimmungen wie der Zwickauer enthält.

Verrechnungen der sächsischen Markt-Notierungskommission.

Waren, den 26. Juni.	alte		neue		mittlere		geringe		hohe	
	Stk.	Gr.	Stk.	Gr.	Stk.	Gr.	Stk.	Gr.	Stk.	Gr.
Weizen, weißer	20	90	20	19	19	19	18	90	17	90
Weizen, gelber	20	80	19	80	18	80	18	80	17	80
Roggen	16	60	16	16	15	16	15	16	14	16
Gerste	15	50	14	50	14	50	13	50	13	50
Hafer	17	50	16	50	16	50	16	50	15	50
Erbsen	23	—	21	—	21	—	21	—	21	—
Ferrier	19	50	19	17	17	50	16	17	16	50

Den per 100 Hgr. 6.40—6.60 Mk.
Sachverh. der 100 Hgr. 4.30—4.60 Mk.
Weizen 100 Hgr. 2.70—2.10 Mk.

Wochenlohn 100 Hgr. 29.50—29.50 Mk. Roggen 100 Hgr. 23.75—23.75 Mk. Weizen 100 Hgr. 23.75—23.75 Mk. Weizen 100 Hgr. 23.75—23.75 Mk.

Rechnungsverleger: Reichsruhrs, — Redaktionen und Expedition: Neue Gruppenstraße 7. — Druck von Otto Gausch. — Druck von Th. Gausch. — Druck von Th. Gausch.

Für die Inserate übernimmt die Redaktion nur die Verantwortlichkeit.

Grosser Saison-Ausverkauf

Mein



beginnt **Mittwoch, den 28. Juni.**

Nie wiederkehrende Kaufgelegenheit für **moderne Schuhe**, für die Reise geeignet. Grosse Posten **farbiger Damenschuhe** ausgeschnitten mit grossen Schleifen oder Schnallen, Mollière oder Halbschuhe in modernster Ausführung (braun — gelb — beige — grau — Lack — weiss) Wert bis 12,50 jetzt **4,90, 5,40, 6,85, 7,85**, grosse Posten **farbiger Damenstiefel** in Chevreau mit Lackkappe, viele moderne Formen. Wert bis 12,50 jetzt **6,85, 7,60, 8,60**, grosse Posten **Damen-Leinenschuhe** Wert bis 5,00 jetzt **1,65**, Leinen-Stiefel Wert bis 6,50 jetzt **4,60**, grosse Posten **farbiger Herrenstiefel** Chevreau mit Lackkappe Wert bis 12,50 jetzt **8,50**, **Kinderstiefel**, worunter sich viele elegante Einzelpaare befinden, welche den dreifachen Wert haben, enorm billig. **Sandalen, Leinenschuhe**, fabelhaft billig.

Preismässigung bis

50%

3397

Ludwig Herz, Breslau, Blücherplatz 4.

Nach langem schwerem Leiden verschied am 25. d. Mts., nachts 12 $\frac{1}{2}$ Uhr, meine liebe Frau und gute Pfliegermutter
Amalie Proske geb. Busch
 im Alter von 55 Jahren 3 Monaten. 3403
 Dies zeigen schmerz erfüllt an
Wilhelm Proske n. Pfiogelochter.
 Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Maria-Magdalenen-Friedhofes, Lohestr., aus statt.

Am 25. d. Mts. verstarb nach längerer Krankheit die Frau unseres Freundes und Verbandskollegen
Amalie Proske geb. Busch
 im Alter von 53 Jahren. 3402
 Ehre ihrem Andenken:
 Die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
 Zahlstelle Breslau.
 Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Maria-Magdalenen-Kirchhofes.

Am 26. d. M. verschied nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser Vater, Bruder und Onkel, der Ofensetzer
Karl Obier
 im Alter von 43 Jahren. 3405
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 4 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichenhalle in Oswitz.

Sommer-Theater (Liedrichs Elabl.)
 Heute Dienstag, 8 Uhr: Gastspiel
Walter Grave
 „Mamsell Angot“.
 Komische Oper in 3 Akten von Charles Lecocq.
 Im Garten: **Gr. Konzert.**

Lieblöhshöhe.
 Heute Dienstag, den 27. Juni:
Konzert der Stadt-Theater-Kapelle.
 Konzertleitung: Kapellmeister **Julius Präwer**
 Beginn 8 Uhr. Eintritt 20 Pf.

Viktoria-Theater
 Die Seiber'sche Revue
Bei uns in Breslau
 Anfang 8, u. 7—8 Konzert.
 Bei jedem Sitter im Garten.
 Jeden Freitag:
Nichtraucher-Abend.

Zeltgarten
 Im prachtvollen Garten
 Täglich
Künstler-Vorstellung
 Attraktionen.
Entrée 10 Pfg.
 Anfangsplatz 20 Pfg.

Palmengarten.
 Damen-Konzerte.
Bedienung im Holentrock.
 Entrée frei.

SKALA.
 Das 3369
**Warenhaus-
 :: Fräulein ::**
 ab 1. Juli.

Bestimmen Sie nur die Anzahl und den
 Charakter Ihrer Waren
 und lassen Sie sich Ihre
 Waren durch den Verkäufer
 zeigen.
 Achtung! 3149
Pfänder-Auktion!
 Pfänder-Institut
 Marktplatzstrasse 113. I. Etz.
 Beendigung am 5. Juli 1911.

Jeden Mittwoch und Freitag:
Spezialtag
 H. S. und S. S.
 H. S. und S. S.
 H. S. und S. S.
Hildebrand,
 Reichshausstrasse 4 mit
 jeder 2. Etage.

Kauf die Schuhe!
 Kauf die Schuhe!
 Kauf die Schuhe!

Was ich geschrieben, hab' ich erlebt —
 Was ich erlebte, schlicht erzählt —
 Die Wahrheit einfach offenbart
 Als Spiegelbild der Gegenwart. 3400
 Der Messingputzer als Dramatiker.

Königsgrund Loh-Strasse 45/47.
 Feine Wäsche:
Grosses Kränzchen
 11 Uhr: Große Blumen-Touaie. [5333] Tassen- und Schloßentwurf.

Aquarien-Ausstellung
 im Pariser Garten. 3404
 Abends bis 10 Uhr geöffnet.

Günstiger Gelegenheitskauf!
 Weg. Umzug verkaufe diverse Möbel
 zu jedem nur annehmbaren Preise.
 Händler nicht anzufordern. 3398
 Friedrich-Strasse 66, am Aufgang.

Gettsfedern und fertige Betten.

 Spez.: Brantens-Rettung.
 Preisliste gratis und franco.
Julius Immerglück
 Bresl., Reichstr. 32/33.

Wohlfeil irrtlich
 reelle und gute **Möbel**
 kaufen will, komme nur zu
Siegfried Brieger
 Kupferstrasse 21.
 Spezialität: 1234. Telefon 9177
 Zahlung nach Vereinbarung.
 Preisliste gratis und franco.

Buchhandlg. Volkswacht.
 Engels Eden, Duden und
 Scherren, mit Vorwort. 0.20

49
Prima Blusenstoffe
 1.25
Schweiz. Stickereistoffe
 1.25
Kopfmstoffe
 1.25
Prima Seidenstoffe
 1.25
Stadtbekante billige Preise.
Ranschke-Lanben
 Schöndorfer Strasse 11, I. Etz.
 (Haus Albert Fuchs).

Lieben Sie
 ein gutes, reines Geschäft, reißfest, jugend-
 liches Aussehen und schönen Teint?
 Dann wählen Sie:
Steckenpferd - Lilienmilch - Seife
 von Bergmann & Co., Radebeul
 Preis 2 Stück 50 Pfg., 10 Stück 4.50
Lilienmilch-Cream Dada
 mit und ohne Fett in einer Nacht
 weich und kummertlos. Dose 50 Pfg., 10
 S. G. Schwartz, Chemiker. 4.
 R. Dreyer, Chemiker. 4.
 Franz Gröschel, Seifenfabr. 60.
 Friedr. Günzel, Seifenfabr. 38a.
 W. H. Hirschmann, Parfümer. 25.
 F. Heuschütz, Chemiker. 65.
 Oskar Kheser, Seifenfabr. 44.
 Paul Krieger, Seifenfabr.
 Max Lell, Seifenfabr. 85.
 Erwin Meyer, Seifenfabr. 75.
 Franz Moraw, Seifenfabr. 59.
 H. Schütze Nachf., Seifenfabr. 97.
 O. Sperleder, Seifenfabr. 58.
 Naschmarkt-Apotheke, Ring 44.
 Storch-Apotheke, Reichstr. 11.

Robtabakhandlung
Carl Rother & Rode
 Breslau I. Gumpertstr. 26.
 Spezialität: 4571
fl. alte Sumatra-Decken
 aus indischer Seide in jeder Preislage.

Robtabake!
 Sumatra Nr. 240, 260, 280, 300, 320, 340, 400, 440, 480.
 Gambia Nr. 140, 150, 160.
 Java Nr. 150, 200, 220.
 St. Pauli Nr. 140, 150, 170.
 Sumatra Nr. 292, 295, 1.
 Sumatra Nr. 1.
 Sumatra Nr. 250 bis 5. — Nr.
 Sumatra Nr. 250, 260, 280, 270,
 280, 1.
 Gambia Nr. 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000.

Johannes Kubis
 Gneisenaustr. 17,
 Ecke Lehmhamm.
Edvard Bernstein:
 Die
Natur u. die Wirkungen
der kapitalistischen
Wirtschaftsordnung.
 Preis 20 Pfg.
 Buchhandlung Volkswacht.

Ziehung schon 5. Juli und folgende Tage.
 Für nur
Eine Mark
 sind in der
Berliner Lotterie
 (Internat. Reise- und Verkehrs-Ausstellung.)
50 000 Mark Wert
 20 000 „ „
 10 000 „ „
 2 x 5 000 „ „
 5 x 1 000 „ „
 u. s. w.
 zu gewinnen. 3394
 Für sämtliche Gewinne
 sind Käufer mit 90% bar vorhanden.
 Lose à 1 Mk., 5 Lose 4.70 Mk., 11 Lose 10.— Mk.
 Porto und Liste 30 Pfg. extra empfiehlt
B. Klement, Breslau I, Ring 22
 Spezial-Lotterie-, Bank-Geschäft und Münzen-Handlung.

Konsumverein für Siegnitz und Umgegend.
 Wegen Jahres-Inventory bleiben unsere Läger an folgenden Tagen ge-
 schlossen: 3401
 Lager 4 (Zauerstrasse): Montag, den 3. Juli, vormittags;
 Lager 3 (Haynauerstrasse): Montag, den 3. Juli, nachmittags;
 Lager 2 (Carlhausstrasse): Dienstag, den 4. Juli,
 Lager 1 (Rohlmarkt): Mittwoch, den 5. Juli.
 Die Dividendencheine und Marken sind gleichzeitig mit den Mitglieds-
 büchern in verschlossenen Kartons (die in unseren Geschäftsstellen erhältlich),
 bis zum 10. Juli in den einzelnen Lägern abzuliefern. — Später eingehende
 Cheine und Marken werden nicht berücksichtigt.
 Das Kontor befindet sich von Mittwoch, den 28. Juni ab Neue Glogauer-
 strasse 58, I.
Der Vorstand.

Wichtig für Hausfrauen
 Um die Rasenbleiche zu
 ersetzen, kaufen Sie sich
 für 15 Pfg. ein Paket „SEIFIX“
 Die Wäsche wird schneeweiß
 u. leidet nicht im Geringsten.
 Ein Versuch überzeugt.

Die Gleichheit
 (Frauenzeitung.)
 Alle 14 Tage erscheinend, Heft 10 Pfennige.

Wir empfehlen:
Die Vögel des deutschen Waldes
 von Dr. K. Floericke
Kometen u. Meteore
 von Dr. W. Meyer
 mit zahlreichen
 Abbildungen
 Remittenden-Exemplare
 in Leinen geb.
 anstatt 1.80 Mk.
 nur 1.— Mk.
Buchhandlung „Volkswacht“.

Preussisches Abgeordnetenhhaus.

95. Sitzung. Montag, den 26. Juni, 1 Uhr nachmittags.

Am Ministerisch: Kommissare.

Abg. Hoffmann-Berlin (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage, den Antrag Brandenstein betreffend die Abänderung der Geschäftsordnung, heute von der Tagesordnung abzulesen und an erster Stelle den Wahlrechtsantrag von Lohn und Gehältern auf die Tagesordnung zu setzen. Durch einen Zufall nur war das Haus in der letzten Sitzung verhindert, die Tagesordnung für heute selbst festzusetzen. Aber das Haus hat die Pflicht, dem deutschen Volk gegenüber, endlich einmal den Anfang zu machen und zu zeigen, daß es ihm mit der Wahlrechtsänderung Ernst ist. (Bravo! b. d. Soz.)

Der Geschäftsordnungsantrag Hoffmann wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Volkspartei abgelehnt.

Die dritte Beratung des Gesetzesentwurfs über die Reinigung öffentlicher Wege

wird fortgesetzt.

Abg. Liebknecht (Soz.): Dieses Gesetz, das die Lasten für die Wegereinigung in anderer Weise wie bisher verteilt, ist so schlecht beraten, wie es überhaupt nur möglich ist. Wir werden deshalb dagegen stimmen. Die Last für die Wegereinigungspflicht sollte prinzipiell den Gemeinden auferlegt werden.

Abg. Lippmann (Volksp.): Das Gesetz belastet die Grundbesitzer zu stark; ich beantrage daher es noch einmal an die Kommission zurückzugeben.

Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. Graf v. Strachwitz (Zentr.) begründet einen Antrag, die kleinen Städte mit unter 5000 und die Landgemeinden unter 10 000 Einwohnern von dem Gesetz auszunehmen.

Unterstaatssekretär **Goels von Brunneggen** wendet sich gegen diesen Antrag.

Abg. Gerold (Zentr.) begründet einen Antrag auf Einfügung eines Abzuges über „geschlossene Ortslage“, wodurch die landwirtschaftlichen Grundstücke entlastet werden sollen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) wendet sich gegen den Antrag Gerold, der die Agrarier in unzulässiger Weise begünstigt; für die Volkspartei ist es charakteristisch, daß sie das Gesetz deshalb verwirft, weil es den Hausbesitzern Lasten auferlegt. Das kennzeichnet ihr Verhalten gegenüber den kleinen Leuten.

Abg. Lippmann (Volksp.): Für die Hausbesitzer bin ich eingetreten, weil sie in den kleinen und mittleren Gemeinden gerade die kleinen Leute und die finanziell Schwächsten sind. Wenn Dr. Liebknecht sozialpolitische Einsicht das nicht weiß, eignet er sich nicht zum Präceptor (Lehrer) des Hauses, der er gern sein möchte.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Zum Lehrer fühle ich mich nicht geeignet, am wenigsten für das Haus. Ich greife hier Ihre Politik an und überlasse Ihnen die Verantwortung, wenn Sie Ihre Pflicht hier nicht so auffassen, wie wir es für richtig halten. Wenn der Abg. Lippmann die Hausbesitzer als die kleinen Leute hinstellt, so heißt das doch, die wichtigsten Verhältnisse auf den Kopf stellen. Herr Lippmann hat sich hier als Protektor (Beschützer) der städtischen Hausbesitzer gezeigt. Wir hätten dabei aus seiner eigenen Fraktion Widerspruch erwartet (Sehr richtig! bei den Soz.), daß er nicht erfolgt ist, ist recht bezeichnend. (Zustimmung bei den Soz.) Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Trutz und mit ihm der

§ 1 wird angenommen; der Rest des Gesetzes wird nach unwesentlicher Debatte angenommen und dann in der Gesamtberatung das ganze Gesetz.

Es folgt die Beratung des schleimigen Antrages Engelmann u. Gen. (Nat.-Lib.), für die

im Weinbaugebiet der Nahe durch ein schweres Hagelwetter

geschädigten Anwohner staatliche Unterstützung in Aussicht zu nehmen.

Abg. Hoffmann (Soz.): Auch meine Freunde werden für den Antrag stimmen; wir wünschen nur, daß da, wo wirkliche Not vorliegt, die Unterstützungen auch reichlich gegeben werden.

Der Antrag wird durch einstimmigen Beschluß des Hauses der Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend

Abänderung des Gesetzes über Eisenbahn-

unternehmungen,

durch welchen die Rechtsverhältnisse zwischen der Verwaltung der Staatsbahnen einerseits und den Besitzern der benachbarten Grundstücke und den beteiligten Kommunalverbänden,

Wegunterhaltungspflichtigen usw. andererseits neu geregelt werden.

Eisenbahnminister **v. Breitenbach** erklärt die Vorlage in der Kommission für unannehmbar; denn die Entscheidung darüber, ob eine Bahn gebaut werden solle oder nicht, müsse bei Eisenbahnminister bleiben, und diesem Grundlag haben die Kommmissionsbeschlüsse nicht genügend Rechnung getragen.

Nach kurzen Bemerkungen der Abgg. **Brandenstein (kons.)** und **Schwabach (natlib.)** wird auf Antrag des letzteren der Entwurf an die Kommission zurückverwiesen.

Es folgt die wiederholte Beratung des vom Herrenhause in abgeänderter Fassung zurückgelangten Entwurfs eines

Zweckverbandesgesetzes für Groß-Berlin.

Die Kommission beantragt unveränderte Annahme in der Fassung des Herrenhauses.

Abg. Dr. Keil (natlib.) empfiehlt den Antrag der Kommission.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Das Gesetz ist aus diesem Hause in so miserabler Fassung ans Herrenhaus gelangt, daß wir vom Herrenhause eine Verbesserung erwarteten. Diese Erwartung ist getäuscht worden. Das Herrenhaus hat das Gesetz tatsächlich noch miserabler gemacht. Die einzige Bestimmung des Gesetzes, die ein klein wenig mit sozialem Gerechtigkeit war, war die Aufnahme von Flächen für den Bau von Kleinwohnungen in die Aufgaben des Zweckverbandes. Und diese Bestimmung hat das Herrenhaus gestrichelt! Das kann gar nicht laut genug der Öffentlichkeit verkündet werden zur Brandmarke dieses Oberhauses. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wäre dies Haus sich seiner sozialen Pflicht bewußt, so würde diese Streichung allein schon hinreichen, um die Beibehaltung nicht so leichtfertig vorzunehmen. Es ist charakteristisch, daß das Gesetz von der Rechten gegen den lebhaften Widerspruch aller Berliner Abgeordneten durchgeweht werden soll. Man weiß auf die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit und die Geschäftsfrage des Hauses hin, um die Verantwortungen des Gesetzes durch das Herrenhaus in den Mann zu nehmen. Bei so wichtigen Gesetzen darf die Geschäftsfrage des Hauses als Argument nicht angeführt werden; unter keinen Umständen darf sie dazu führen, daß wir uns den reaktionären Bestrebungen des Herrenhauses beugen. Wir sollten das Herrenhaus ruhig vor die Alternative stellen, das Gesetz scheitern zu lassen. Und würde das Gesetz wirklich scheitern, Groß-Berlin würde keinen Schaden davon haben. (Lebhaftes Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. Wörning (Zentrum) befragt einen Antrag Bitta (Zentrum), die Bestimmung, wonach die Erweiterung von Flächen für den Bau von Kleinwohnungen in die Aufgaben des Zweckverbandes aufgenommen wird, wieder herzustellen. Staatssekretär **von Dalkow** wendet sich gegen diesen Antrag; die Streichung der Bestimmung sei ja bedauerlich, aber zur Zeit sei eine andere Stellungnahme des Herrenhauses nicht zu erwarten.

Abg. Cassel (W.) bezweifelt, daß der Zweckverband den ihm gestellten Aufgaben gewachsen sei. Inwiefern sei die Einbeziehung von Kleinwohnungen in diese Aufgaben zu befürworten, doch sei es nicht gerechtfertigt, Berlin eine Ausnahmebehandlung zuteil werden zu lassen. Am besten wäre es, die Wohnungspolitik den Gemeinden zu übertragen. Zur Verbandsversammlung müßten die Vertreter direkt gewählt werden; nur dann könnten sie wirklich sich als Vertreter der Gesamtheit fühlen. — Der Redner polemisiert dann gegen die Ausführungen des Charlottenburger Oberbürgermeisters Schusterhaus im Herrenhause.

Darauf verlegt sich das Haus. Der Präsident schlägt eine lange Tagesordnung vor, die den Wahlrechtsantrag nicht enthält. Auf lebhaften Widerspruch der Abg. **Fischer (Vpt.)**, **Hoffmann (Soz.)** und **Dr. Liebknecht (Soz.)** ist er bereit, den Wahlrechtsantrag auch auf die Tagesordnung zu setzen und zwar hinter das Zweckverbandesgesetz.

Abg. Köchling (Natlib.) schlägt vor, auch noch die Rheinische Landgemeindeordnung zu beraten.

Abg. Hoffmann (Soz.): Dann kann der Wahlrechtsantrag gar nicht zur Beratung kommen. Spielen Sie dem deutschen Volk doch nicht solche Komödie vor, das preussische Volk hat das satt. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Köchling zieht seine Anregung zurück. Der Wahlrechtsantrag wird also gleich hinter dem Zweckverbandesgesetz beraten, vorher noch Interpellation wegen der Ueberchwemmung im Obergerbiet und der Antrag **Engelmann** (natlib.) wegen der staatlichen Unterstützungen für die durch Hagelwetter im Weinbaugebiet an der Nahe Geschädigten.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 27. Juni.

Geschichtskalender.

28. Juni.

- 1712 Der französische Philosoph Rousseau.
- 1786 Der Fabeldichter Konrad Biffel.
- 1865 Der Dichter Otto Julius Bierbaum.
- 1909 Der Breslauer Kunsthistoriker Richard Muther.

Die Maul- und Klauenseuche und die Versammlungen.

Manche Amtsvorsteher wollen immer noch nicht glauben, daß die Maul- und Klauenseuche, unter der das einheimische Vieh jetzt sehr zu leiden hat, nicht gegen soziale demokratische Versammlungen verwendet werden kann. Ebenfalls sind viele Gastwirte der Meinung, daß sie ihre Säle zu Versammlungen nicht hergeben dürfen, wenn im Orte die Maul- und Klauenseuche herrscht. Die Amtsvorsteher wie die Gastwirte irren sich aber gar sehr. Damit sie sich davon überzeugen, bringen wir folgenden Bescheid in Erinnerung, den der Regierungs-Präsident in Breslau dem Partei-Sekretär Genossen Scholich auf eine Beschwerde gegeben hat:

„Auf das an den Herrn Minister des Innern gerichtete Telegramm vom 12. Mai, welches an mich zur Verfügung abgegeben worden ist, erlaube ich Ihnen hierdurch nach Prüfung der Angelegenheit, daß Ihre Annahme, die fraglichen Versammlungsverbote seien auf Anweisung des Herrn Landrats hier selbst erlassen worden, unzutreffend ist. Der Herr Landrat hat nunmehr die Amtsvorsteher angewiesen, die Abhaltung von Versammlungen wegen des Verhehens der Maul- und Klauenseuche nicht zu hindern.“

Das ist doch wirklich deutlich! Der Herr Amtsvorsteher von Bolkowich scheint diese Antwort des Herrn Regierungs-Präsidenten noch nicht zu kennen, denn er erwiderte auf eine Versammlungs-Anmeldung am 25. Juni:

„Die Genehmigung zu nebenstehend nachgesuchter Versammlung wird hiermit verweigert, weil im hiesigen Orte die Maul- und Klauenseuche herrscht.“

Wir sind überzeugt, daß auch dieser Amtsvorsteher seinen Irrtum bald einsehen und das Verbot zurücknehmen wird. Aber es ist gewiß nicht angenehm, in jedem Dorje den Kampf um das Versammlungsrecht von neuem zu beginnen. Vielleicht sorgt der Herr Regierungs-Präsident dafür, daß alle Landräte ihren Amtsvorstehern endlich mitteilen, daß wegen der Maul- und Klauenseuche keine Versammlung verboten werden darf.

Die Verstadlichung der Breslauer Straßeneisenbahn

mit ihren neun Linien und dem größten Verkehr ist als gesichert anzusehen, denn die Versammlung der Aktionäre am Montag hat dem Verkaufsvertrage mit großer Mehrheit zugestimmt. Ueber die Verhandlungen der Straßer-Eisenbahn-Gesellschaft wird berichtet:

„Der Vorsitzende gab zunächst ein Bild von den Verhandlungen, welche zwischen den Verwaltungsvorgängen der Gesellschaft und dem Magistrat stattgefunden haben. Diese Ausführungen deuten sich im wesentlichen mit demjenigen, die er bereits in der letzten ordentlichen Generalversammlung gemacht hat. Nach langwierigen Verhandlungen habe der Magistrat sein Gebot auf den jetzigen Betrag erhöht, so daß dieses einem Kurse von 135% Prozent per 1. Oktober entspricht, wovon 3 Prozent Stückzinsen abgehen. Die Gründe, weshalb die Verwaltung dieses Gebot als akzeptabel der heutigen Generalversammlung empfahl, liegen in dem ungünstigen Vertrage, welchem die Generalversammlung seinerzeit einstimmig zugestimmt habe. Hieran schloß sich eine längere Debatte, in welcher namentlich sich ältere Aktionäre lebhaft gegen den Antrag der Verwaltung aussprachen. Sie machten insbesondere geltend, daß die Stadt das Unternehmen

Breslauer Sommertheater.

„Mamzell Angot“, komische Oper von Charles Lecocq.

Unsere heutige Generation kann sich kaum eine Vorstellung von der Sensation machen, die vor bald 40 Jahren diese Operette bei ihrem Erscheinen erregte. Wenn der Komponist den 3. Juni 1912, seinen 80. Geburtstag, erlebt, dürfte man ihm vernünftig dieses Glückstünd seiner Muse in Paris in einer besonderen Gedenkfeier vorführen. Die tänzelnde Gracie, die uns noch heute in unermindelter Frische aus der Parklure entgegenstrahlt, erfordert fast durchweg Darsteller, die vor allem nicht nur über eine diskrete Komik, sondern auch über beträchtliche Stimmumfang verfügen. Den nicht leichten Anforderungen, die die Hauptrollen an die ausübenden Künstler stellen, entsprachen wohl nur Frä. Loges und der Bass, Herr Walter Grave, der sich seit seinem Weggange von Breslau in jeder Hinsicht vervollkommen hat. Frä. Loges, deren zierliche Figur auf der Bühne ungemein sympathisch wirkt, war eine recht scharmante Clairette. Herr Grave ein Auge Witou von wohlwollender Sicherheit. Seine Auftrittsarie, die bei einiger Verlangsamung des Zeitmaßes noch bedeutend eindringlicher wirken würde, konnte der Künstler unter allgemeinem Beifall wiederholen. Eine Mademoiselle Lange von sehr feinem Meßwerk war Frau Pentrich, gesanglich war sie ein wenig zu schwerfällig. Recht befriedigend war auch der Pomponnet des Herrn Merk-Lüdemann und der Larvaudiere des Herrn Marich. Aus dem Stutzer Trenitz läßt sich viel mehr machen, als es Herr Ellen imstande war; gut war Frä. Liebreich in der kleinen, aber nicht unwichtigen Rolle der Amaranthe. — Aber das Orchester! Es scheint, als ob die modernen Dirigenten vor lauter Noten den Geist nicht fähig, der in den alten französischen Operetten steckt; dieses Genre gilt mit Unrecht als veraltet und abgedroschen. Wie schwer es für die Darsteller ist, beweist die jedesmalige langdauernde Vorbereitung. Die Aufführung am Montag veränderte sich in vielfacher Beziehung an diesem Kunstwerke, namentlich was die Zeitmaße anbetrifft.

Die Ouvertüre, der erquickend schöne, aber schwere Chor zu Beginn des zweiten Aktes, wie überhaupt fast alle Chorstellen wurden in einer fast sträflichen Weise abgemuldet, als wären es Eintönigkeiten zum Untertönen von Tritobaten oder Kapellängern. Die Unzerhaltung während der Ouvertüre war so allgemein, daß kaum anzunehmen ist, jemand hätte von dieser Verändingung gegen den guten Geschmack etwas wahrzunehmen. Die Differenzen zwischen Chor und Orchester waren während des ganzen Abends zu beobachten. Daher kann es wohl auch, daß viele Nummern, die früher mit elementarer Gewalt zündeten, diesmal

völlig verpufften. Tatsache ist, daß weniger bedeutende Werke mit größerer Sorgfalt vorbereitet werden.

Gewerbe- und Industrie-Ausstellung in Schweidnitz.

Österreich hat sich in diesem Jahre zwei Ausstellungen geleistet. Eine in Posen und die andere in Schweidnitz, der kleinen, freundlichen schlesischen Provinzialstadt. Beide Ausstellungen sollen dem weiteren Vaterlande klar machen, daß der Aufschwung von Gewerbe und Industrie auch im Osten des Reiches fast wahrnehmbar ist, und daß man sich daran gewöhnen soll, dem Osten als gleichberechtigten und gleichberechtigten Teil des Ganzen zu reden. Wie weit Ausstellungen geeignet sind, ein derartiges Bestreben erfolgreich durchzuführen, erhebt sich fraglich. Schließlich haben unsere wirtschaftlichen Methoden von heute andere Mittel, diese oder jene Industrie, das eine oder das andere Gewerbe in Auf zu bringen. Aber immerhin kann eine derartige Ausstellung für kleinere lokale Kreise ein interessanter Anschauungsunterricht sein. In Posen hat man ohne Zweifel in der Quantität und auch in der Qualität von vornherein mehr bieten wollen; diese Ausstellung hat bedeutend größere Dimensionen, wie die in beschriebenen Formen gehaltene Ausstellung in Schweidnitz. Dafür hat aber die letztere den Vorzug, daß sie in der Hauptsache einen provinziellen heimatischen Charakter hat, der mit nur wenigen Ausnahmen schlesische Industrie und schlesisches Gewerbe zeigen will.

Der eigentliche Anlaß für das Arrangement der Schweidnitzer Ausstellung ist zu suchen in der Feier des 75-jährigen Bestehens des Gewerbevereins in Schweidnitz. Um dieser Feier einen besonders großartigen Anstrich zu geben, beschloß wurde die Ausstellung betrieben, deshalb wurde das finanzielle immerhin recht prächtige Unternehmen auch durchgeführt.

Wir müssen nun von vornherein festsetzen, daß der Besuch dieser Ausstellung zwar den guten Willen seiner Arrangements, nicht aber ein wirkliches Bild von der Bedeutung der schlesischen Industrie und des schlesischen Gewerbes zeigt. Das ist sofort für jeden Besucher erkennbar, daß Schlessen, die in wirtschaftlicher Bedeutung an abweiter Stelle in Deutschland stehende Provinz, auf dieser Ausstellung sich nicht so darstellt, wie man es erwartet. Es werden eigentlich nur Stichproben in der Leistungsfähigkeit gemacht und hierbei wird dem Besucher nicht das typische wirtschaftliche Schlessen vorgeführt, sondern ein buntes Gewirr von Großem und Kleinem, von Spielerei und Ernst, so daß man wohl viel zu sehen bekommt, aber kaum ein wirk-

liches Bild von dem erhält, was die wirtschaftliche Bedeutung der Heimatprovinz in der Hauptfrage ausmacht. Zwar leiden an diesen Mängeln die Ausstellungen häufig, aber uns will scheinen, als wäre man in Schweidnitz etwas gar zu planlos verfahren.

Echon ein Durchwandern der Haupthalle wird das bedrücken. Da leben wir in einem bunten Durcheinander und nebeneinander die Erzeugnisse fast jedes Gewerbes und jeder Industrie. Neben den Dreibriemenfabrikaten die Kurbelmaschinen, Piano- und Pantoffelausstellungen, von den kunstgewerblichen Schönbücherauslagen kommen wir zu dem Judearrangement einer Schokoladenfabrik. Die Produkte der Steingewandindustrie wechseln ab mit den zarten Erzeugnissen der schlesischen Spitzenkunst, und eine Sprantengruppe gefüllt sich freudnachbarlich zu irgend einem schlesischen Winterfestvereine. Patentluftmatratzen und Sennig-Rosen, Lugsundobel und Kristallglas, Theaterentwürfen und photographische Kunst, kurz ein phantastisches Durcheinander wirkt auf den Besucher dieser Hauptthalle ein und führt die ruhige Betrachtung.

Trotzdem ragen einzelne Gruppen natürlich durch ihre Besonderheit und ihren augenfälligen Wert hervor. Hier möchten wir ganz besonders erwähnen keine Musterkollektionen von kunstgewerblich stilvollen Decken und Kaminen und von wirklich modern-schönen Zimmerrichtungen, die der hochstehenden deutschen Innerekunst alle Ehre machen. Recht reizende Kunstwerke finden sich auch bei den schlesischen Spitzenarbeiten. Aber diese Gruppe hat ein Anhängsel, das besser keinen Platz in der Ausstellung gefunden hätte, aber nur damit aufgenommen werden durfte, wenn man nähere Angaben über die soziale Lage seiner Urheberinnen gemacht hätte. Unter der Sammelbezeichnung Frauenarbeit, Hausfleiß und Liebhaberklänge ist eine Sonderabteilung weiblicher Handarbeiten ausgestellt. Es sind das ohne Ausnahme Arbeiten von bürgerlichen Frauen und Töchtern, die diese Art Arbeit leisten, um die Witwen- und Waisenpension zu erhöhen oder für Frau Hauptmann oder Fräulein Tochter von Rechnungsrat Taschengeld zu beschaffen. Wir wissen leider recht gut, wie auch diese zum Teil als Liebhaberarbeit geltende Beschäftigung vornehmer Dämchen für manche dieser zarten Geschöpfe eine verächtliche Profitorientierung bedeutet und für die wirklichen Profitorientierten eine echte, rechte Gemeinschaft darstellt. Aber davon erzählen die zahllosen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dem flüchtigen Besucher nichts, sie sollen vom „Hausfleiß“, vom „traulichen Nest“ und wie sonst die schönen Sinnenprüche alle heißen, zeugen.

(Schluß folgt.)

dringend benötigte, während der letzte Moment für die Aktion ungenügend sei. Es wurde ferner auf den Vorfall, der 1923 schließlich nach steigenden Grundbesitz der Gesellschaft verurteilt und betont, daß der Magistrat zwar 1923 das Recht, aber nicht die Pflicht habe, das Unternehmen zu übernehmen. Es würde sich jedenfalls empfehlen, die Vorlage heute abzulehnen und nochmals zu versuchen, von der Stadt ein höheres Gebot zu erlangen.

Der Vorsitzende erwiderte hierauf u. a., daß die Stellungnahme des Grundbesitzes der Aktionären nicht zugute käme, weil doch nach dem Vertrage mit der Stadt nur der Ausschuss das Entscheidende sei. Nebenbei wies der Vorsitzende der Straßensachverständigen darauf hin, daß das Anerbieten der Stadt ein günstiges sei, da diese (1908) 130,50 Prozent, (1909) 124,50 Prozent, (1910) 118,50 Prozent gestanden hätten. In Rücksicht auf die angeführten Mängel und insbesondere im Hinblick auf den äußerst ungünstigen Vertrag der Gesellschaft mit der Stadt über die Verwaltung der Vorlage mit gutem Gewissen, wenn auch ohne Begeisterung. Sie stellte der Generalversammlung die Entscheidung über die Vorlage vollständig anheim, sei doch die Angelegenheit eine Frage des Optimismus oder Pessimismus, mit dem die Lage der Gesellschaft angesehen werde. Bei der durch Stimmzettel erfolgten Abstimmung wurden 6679 Stimmen für die Verabschiedung und 1031 Stimmen gegen dieselbe abgegeben. Da somit die gesetzlich vorgeschriebene Dreiviertel-Majorität mehr als erreicht worden, ist die Vorlage genehmigt.

Wenn der Vertrag, wie der Vorsitzende bemerkte, die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung erhalte, so würde die heutige Generalversammlung die letzte sein. Er fühlte sich deshalb verpflichtet, dem Vorstande für die langjährige, treue Arbeit, sowie den sonstigen Beamten und Angestellten für ihre Dienste zu danken, jedoch es ermöglicht worden ist, der Stadt ein in besserer Verfassung befindliches Unternehmen zu übergeben. Zum Schluß verlas der Vorsitzende noch ein Schreiben des Magistrats, wonach dieser erklärt, daß er in die Verpflichtungen, welche die Gesellschaft ihren Angestellten und Beamten gegenüber hat, eintreten werde.

Am 8. Uhr Abends waren die Ausschüsse I und II der Stadtverordneten-Versammlung zu einer Sitzung zusammengetreten, die sich nur mit dem Anlauf der Breslauer Straßen-Eisenbahn beschäftigte. Die Verhandlungen dauerten bis nach 10 Uhr. Von konservativer Seite machte sich eine kleine Gegnerschaft bemerkbar, die den Vertrag der Gesellschaft bis 1923 ablaufen lassen wollte, um erst dann die elektrische zu übernehmen. Die große Mehrheit der Ausschüsse-Mitglieder beschloß jedoch, den sofortigen Anlauf zu empfehlen. Der Magistrat will, daß die Sache als dringlich behandelt und schon in der nächsten Stadtverordneten-Sitzung am Mittwoch erledigt wird.

*** Breslauer „guter Ruf“.** In einem Berliner bürgerlichen Blatte lesen wir: „Fünf Jahre Zuchthaus. Diese furchtbare Strafe wurde dieser Tage über einen Schuhmacher Romnick verhängt. Warum? Weil er einem Schulmädchen auf der Straße gewaltsam zehn Pfennige (!!) abgenommen hatte. Wo? Der aufmerksamere Zeitungsläser wird's erraten — in Breslau.“

Es folgt dann eine entsprechende Kritik des fraglichen Urteils. Das Blatt hat sich infolgedessen getäußelt, als das Urteil nicht in Breslau, sondern in Oppeln, also in Obererschlesien gefällt worden ist. Aber bei dem „guten Rufe“, zu dem Breslau durch die vielen Verbrechen und die harten Strafen die gegen Redakteure, Demonstranten und „Terroristen“ durch all die Jahre hindurch erkannt worden sind, fliehet dem rasch arbeitenden Tagesschriftsteller unwillkürlich das Wort „Breslau“ aus der Feder, wenn er über ein der Kritik wertiges Gerichtsurteil schreibt. Das ist bezeichnend für den Ruf, in dem Breslau im ganzen Reiche steht. Wir können das wohl begreifen.

*** Ferien bei Gericht.** Die Gerichtsferien beginnen am 15. Juli und dauern bis 15. September. In dieser Zeit ruht der Betrieb aller nicht schwebenden Sachen, sowohl in der Abhaltung der Termine, wie auch in den Entscheidungen. Auf das Wahnverfahren, das Zwangsvollstreckungsverfahren und das Konkursverfahren sind die Ferien ohne Einfluß, ebenso auch auf die Angelegenheiten der nicht streitigen Gerichtsbarkeit. Ferienurteile, die also auch während der Ferien verhandelt werden, sind Strafsachen, Arreststrafen, die eine einstweilige Verfügung betreffen, die Wahl-, Weis- und Markttagen, Streitigkeiten zwischen Vermietern und Mietern von Wohnungs- und anderen Räumen

wegen Ueberlastung, Benutzung und Räumung derselben, sowie wegen Zurückhaltung der vom Mieter in die Mieträume eingebrachten Sachen.

*** Wäster, nebt euren Klubern keine Luftschöpfen!** Der Unfalle des Luftschöpfens ist wieder ein junges Menschenleben zum Opfer gefallen. Es wird gemeldet:

Am Rindersaugpfropfen erstickt ist am 24. Juni nachmittags ein 9 Monate alter Knabe, Sohn einer Arbeiterwitwe, die ihr Kind einer Sternstraße 74 wohnenden Witwe in Pflege gegeben hatte. Diese Frau hat schon viele Kinder in Pflege gehabt und sie nach Auslage von Zeugen gut behandelt. Der Knabe hat auf unaufgeklärte Weise den Pfropfen in den Hals bekommen; als ein Arzt ihn entfernte, war der Knabe bereits erstickt.

Trotzdem also in diesem Falle gleich ärztliche Hilfe zur Stelle war, konnte man das arme Kind nicht mehr am Leben erhalten. Arbeiterfrauen! Achtiger und gesünder ist es, die Kinder von vornherein garnicht erst an den Luftschöpfer zu gewöhnen. Erst wenn darin alle Bemühungen vergebens sind, dann gebt den Kleinen den Sauger, aber nicht ihn allein, sondern besetzt ihn auf einer großen Flasche; die kann das Kind nicht verschlucken!

*** Eine Aquarienausstellung verankaltet zur Zeit im Glasiar des „Pariser Garten“** der älteste Breslauer Verein für Aquarien- und Terrarienkunde, „Proteus“. Der Besuch ist allen Naturfreunden warm zu empfehlen, denn nach nie ist in Breslau eine so ungeheure Anzahl interessanter Wasserbewohner gezeigt worden. Es sind darunter Exemplare, die hundert Mark und mehr kosten. Für Aquarienkunde ist die Ausstellung schon deshalb wertvoll, weil eine Anordnung nach Erdteilen erfolgt ist, woraus sich für ihn schon ohne weiteres mancherlei über die Behandlung der einzelnen Fische ergibt, um ihnen ihre Gefangenschaft recht erträglich zu gestalten. Gegenüber der Farbenpracht der Bewohner exotischer Gewässer stehen die europäischen Fischarten an Farbenpracht zwar wesentlich zurück; der wirkliche Naturfreund und vor allem der Arbeiter wird sie trotzdem aber nicht mit weniger Liebe betrachten. Viele von ihnen sind zur Haltung im Aquarium wohl geeignet und dem p l u m p e n Goldfisch entschieden vorzuziehen. Wer ein paar Pfennige mehr aufwenden kann, mag sich den Exoten zurenden, nicht aber ohne sich vorher über ihre Lebensbedingungen wohl zu unterrichten, da ihm andernfalls keine stummen Lieblinge nur allzu leicht eingeht können. Jeder Fischhändler gibt gern die gewünschte Auskunft über die Anforderungen einer Fischart an Temperatur, Nahrung und Sauerstoffbedürftigkeit. Viele sind zum Glück fast völlig anfernstlos und züchten unter fast jeder Bedingung. Ihnen wird sich der Anfänger zuerst zuwenden müssen.

Die Ausstellung zeigt nun neben den längst eingebürgerten Fischarten eine große Anzahl von Neubeuten, die sich teils durch ihre Form, teils durch ihre Farbenpracht auszeichnen. Bei manchen von ihnen, die als erste Exemplare nach Europa gebracht wurden, ist noch nicht einmal der Name festgesetzt und ein Aedrus kann der werden, der zum ersten Male die Entdeckung macht, unter welchen Voraussetzungen diese oder jene Fischart in der Gefangenschaft zur Nachzucht schreitet. Als Sechsenwürdigkeiten nennen wir den Argusfisch aus Japan, der ursprünglich an der Mündung von Flussläufen im Meere lebte, sich in der Gefangenschaft allmählich bereits an reines Süßwasser gewöhnt hat und vor einiger Zeit in Hamburg zum ersten Male zur Nachzucht gekommen ist. Von ihm ist also zu hoffen, daß er nach Jahren auch für Fischliebhaber mit geringeren Mitteln käuflich werden wird. Ein interessanter Wunsch ist der Kuaeliffisch. Nimmt man ihn in die Hand, dann knurrt er wütend, legt man ihn dann wieder ins Wasser zurück, legt er sich auf den Rücken und bläst seinen Bauch zu einer großen Kugel auf. So macht er den ekelhaften Eindruck eines von üblen Gasen aufgeblähten Leichnams und kein Räuber dürfte Appetit nach ihm verspüren. Fühlt er sich wieder sicher, dann ist die Blase im Nu verschwunden und der Fisch schwimmt munter herum. Einer, der sich nicht verweilt, ist dagegen der elektrische Heilz. Das hier ausgestellte Exemplar ist erst handlang, kann aber, wovon wir uns überzeugen, bei einer Berührung bereits recht kräftige elektrische Schläge ausstrahlen. Es ist wohl zu verstehen, daß der ausgemachte Fisch manches Tier auf diese Weise tötet. Der Schlammspringer hält sich gern zeitweise außerhalb des Wassers auf; seine Brustflossen sind bereits zu festen Stützen ausgebildet, durch die er meierlange Sprünge ausführen kann. Weitere Sechsenwürdigkeiten sind getrigerte Schleierfische, Schneckenringel, die blinde Grottenolm u. a. m. Mehrere Seemaisaquarien bieten allerhand Bekanntes aus den Großtöpfen. Seerosen, den Einblattpflanzen und ferner sind riesige Dorschfische und andere Geier aus dem

Reiche der Amphibien und Reptilien ausgestellt. Die japanischen Aquarien geben uns Aufschluß darüber, wie man die fremdländischen Fische zu uns herüberbringen kann. Nach allem ist der Eintrittspreis von 35 Pf. für Erwachsene und 10 Pf. für Kinder nicht zu hoch. Immerhin wäre zu wünschen, wenn durch einen billigen Tag auch der ärmeren Bevölkerung die Gelegenheit gegeben würde, Belehrung an dieser Stelle zu suchen, denn eine Markt für eine Familie mit drei Kindern wird doch für viele unerschwinglich sein.

*** Die Schulferien an den höheren Lehranstalten und den Volksschulen** beginnen in diesem Jahre an einem Tage, nämlich Dienstag, den 4. Juli. Der gemeinschaftliche Unterrichtsbeginn nach den Ferien ist am 8. August.

*** Gemeindevorstellung in Krietern.** Donnerstag, den 29. Juni, abends 7 1/2 Uhr, wird im Schulhause eine Sitzung abgehalten.

*** Galizische Saisonarbeiter als Straßenräuber.** Die galizischen Saisonarbeiter, die von den Junkern massenweise ins Land hereingeholt werden, sind fast zu einer Landplage geworden. Auch während der diesjährigen Schmutzgerichtsperiode hatten sich am 26. Juni wieder drei dieser Leute, der Tuchmacher Koltis und die Galizier Warenput und Jurczok wegen gemeinschaftlichen Straßenraubes zu verantworten. Am 28. April 1911 wurde der galizische Arbeiter Alexander Iwanoff in der Nähe des Breslauer Hauptbahnhofes überfallen und man versuchte, ihm seine Bärtsack zu rauben. Iwanoff war bei einem reichen Besitzer in Böhmen in Stellung gewesen und hatte sich dort die Zuneigung der Tochter seines Dienstherrn erworben, doch verlagten die Eltern die Erlaubnis zur Heirat. Das Mädchen stahl darauf seinen Eltern eine größere Summe baren Geldes, mehrere Wechsel über hohe Beträge und eine goldene Taschenuhr mit Kette. Diese Gegenstände übergab sie dem Iwanoff, der nach Amerika übersiedeln sollte, wohin ihm die Braut nachfolgen wollte. Iwanoff fuhr aber mit dem Gelde nach Breslau und verlebte einige vergnügte Tage. In einer Nacht wurden ihm in einem Gasthaus 385 Kronen gestohlen, worauf er beschloß, die Wechsel umzuzeigen. Zufällig traf er mit dem ihm bekannten Tuchmacher Wojciech Koltis zusammen, dem er die Wechsel zeigte. Auf seine Frage versicherte ihm Koltis, daß er die Wechsel am besten in Breslau umzuzeigen könnte, worauf beide nach Breslau fuhren und hier am 28. April eintrafen. Koltis führte seinen Freund nach einer Gastwirtschaft auf der Claassenstraße, wo sich auch die Galizier Bronislaus Warenput und Michael Jurczok befanden. Iwanoff und Koltis verhandelten nun wegen der Unterbringung der Papiere. Da Koltis für seine Bemühungen 300 Kronen verlangte, erklärte Iwanoff, sich die Sache noch überlegen zu wollen, und verabredete sich dann um 10 Uhr abends, um sein Nachtlogis aufzusuchen. Inzwischen hatten auch Warenput und Jurczok Kenntnis von der Angelegenheit erlangt. Alle drei folgten Iwanoff auf die Straße und auf dem Vorplatz des Hauptbahnhofes drängte sich Koltis plötzlich an Iwanoff heran und suchte ihm die wertvolle Uhr zu entreißen. Der Ueberfallene konnte sich aber frei machen und in der Richtung nach dem Bahnhof zu emhühen. Die drei Räuber verfolgten ihn, wobei sie einem Schutzmännchen in die Hände liefen. Sie wurden nun samt dem Iwanoff festgenommen. Bei ihrer Vernehmung erklärten Koltis, Warenput und Jurczok, daß sie Iwanoff nur verfolgt hätten, um ihn anzugehen, weil er im Besitz gestohlener Wechsel war. Die Geschworenen erklärten die Angelegenheit des verfolgten gemeinschaftlichen Straßenraubes schuldig und billigten nur Jurczok mildernde Umstände zu. Warenput ist schon schwer bestraft. Er wurde zu vier Jahren Zuchthaus und achtjähriger Schwerlust verurteilt. Koltis erhielt drei Jahre Zuchthaus und sechsmonatigen Ehrverlust und Jurczok ein Jahr und sechs Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. Warenput und Koltis sollen nach Verbüßung ihrer Strafen unter Polizeiaufsicht gestellt werden.

*** „Lody“ ist tot.** Im zoologischen Garten ist Sonntag Abend im Alter von etwa 57 Jahren der weibliche Clefant „Lody“ gestorben. „Lody“ war, wie berichtet wird, im Jahre 1888 aus dem Ertrage einer Lotterie angekauft worden, soll aus Genlon stammen und mochte damals etwa 30 Jahre alt sein. Wiederholt hatte das Tier unter Verdauungsstörungen zu leiden, die schon am 23. Februar 1904 beinahe zum Tode geführt hätten. Diese Störungen hatten ihren Grund in dem sehr schlechten Gebiß von Lody. Am 3. Mai 1901 hatte das Tier einen Vadenzahn aus dem linken Unterkiefer verloren und am 16. August 1909 lag ein Zahn aus dem rechten Unterkiefer, der das bemerkenswerte Gewicht von 3 1/2 Pf. hatte, in ihrem Käfig. Seitdem magerte das Tier trotz bester Pflege zusehends ab, die Unterkiefer begannen zu schwellen, die Nahrungsaufnahme wurde schwieriger und die Kräfte ließen bedeutlich nach. Ein Stoß ihrer langjährigen Käfiggenossin „Jenny“ (seit 1894) brachte das geschwächte Tier am Sonntag nachmittags zu Fall, von dem es sich nicht wieder erheben konnte.

Aus aller Welt.

Ein Ballonunglück in der Nordsee. Montag Morgen um 5 Uhr 15 Minuten wurde in Ostfriesland in ziemlicher Höhe über dem Wattmeer ein Ballon geschnitten, dessen Gondel mit zwei Personen besetzt war. Man sah, wie er in die Nordsee fiel und durch den herrschenden Sturm mit großer Geschwindigkeit seewärts getrieben wurde. Später trieb die Gondel und ein Teil der Ballonhülle auf der Wasseroberfläche. Das ausgehende Rettungsboot konnte keine Hilfe bringen, weil sich die Gondel mit rasender Geschwindigkeit fortbewegte und das Boot selbst mit dem schweren Sturm zu kämpfen hatte. Es brachte nur die Hülle von einigen Sandböden, die mit N. B. G. 70 gezeichnet waren. Die Marinefahrböte der Nordsee ließ durch ein in Norderey liegendes Torpedoboot die Unfallstelle absuchen, doch blieb diese Arbeit bis heute ohne Erfolg. Es muß angenommen werden, daß die beiden Luftschiffer den Tod in den Wellen gefunden haben.

Nach einem weiteren Telegramm aus Genen kommt der in der Nordsee verunglückte Ballon aus Paris, wo er am Sonntagabend zusammen mit acht anderen Ballons aufsteigen sollte. Drei weitere Pariser Ballons sind an verschiedenen Stellen Ostfrieslands glatt niedergegangen. Jeder hatte zwei Insassen in der Gondel. Weder den in der Nordsee niedergegangenen Ballon ist bisher nichts weiter bekannt geworden.

Am Freitag Nachmittag fand vom Carl des französischen Kavaliers in der Nähe von Paris das Aufschneidungsessen der Freiballons um den Preis Deutsch de la Meurthe statt. Im ganzen hatten sich neun Konkurrenten, darunter zwei Damen des französischen Königs „Lina“, dem nur Damen angehten, gemeldet. Bis jetzt liegen Nachrichten über die glückliche Landung von sechs Ballons vor, über das Schicksal der übrigen berichtet jedoch noch nichts Bestimmtes. Nach den auf der Höhe des in der Nordsee verunglückten Ballons festgestellten Aufschneidungsplan N. B. G. 70 scheint es sich um den Ballon „Antoine“ der Société Aéro zu handeln, der von dem Luftschiffer Georges Blondel geführt wird. Die Ballons wurden von dem heiligen Scharnhorst, der bei dem Aufstieg kurzzeitig, plötzlich an die Höhe getrieben, hoch landeten die meisten Führer rechtzeitig. Der Führer des verunglückten Ballons hat jedoch wahrscheinlich die See nicht rechtzeitig bemerkt oder die Landung zu spät begonnen. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß der Freiball, nachdem die Insassen bereits die Höhe erreicht hatten, von dem heiligen Sturm auf die See hinabgewehten worden ist.

Der Parjebal-Ballon verbrannt. Das Luftschiff „P 5“, das Sonntag nachmittags zu Passagierfahrten in Hannoverisch-Graben eingetroffen war, lag am Montag Nachmittag 1 Uhr 20 Minuten bei Reparaturarbeiten an dem Bentli des Motors Feuer und verbrannte vollständig.

Nach einer anderen, durch ein Telegramm übermittelten Darstellung trat im Laufe des Vormittags in Hannoverisch-Graben ein so heftiger Sturm auf, daß man sich entschloß, den auf dem Flugplatz verankerten Ballon zu entleeren. Als man die Reißleine gelassen hatte, erfolgte plötzlich eine furchtbare Gasexplosion, durch die etwa 20 Personen 40 bis 50 Schritte weit weggeschleudert wurden. Sieben Personen wurden hierbei leicht verletzt. Der Ballonmeister und der Kapitän erlitten nicht unerhebliche Brandwunden im Gesicht und an den Armen. Der Ballon stand sofort in hellen Flammen und wurde innerhalb einer Viertelstunde durch das Feuer zerstört.

Zur Ballonbeschädigung an der russischen Grenze durch Mannschaften des russischen Grenzwachlors wird in St. Petersburg erklärt, die Grenzwächter hätten lediglich durch blinde Schüsse die Insassen des Ballons aufmerksamer machen wollen, daß der Ballon im Begriff sei, die Grenze zu überfliegen. Es habe sich wiederholt in solchen Fällen ergeben, daß nur blinde Schüsse gefallen seien, die von den Luftschiffern in ihrer Verantwortung für Gefahr gehalten worden wären. — Von heutzutage anlässlicher Stelle können Befragungen in St. Petersburg erst dann gemacht werden, wenn von den betreffenden Luftschiffern eine Beschwerde oder Eingabe an die amtliche Stelle gemeldet würde, monon bis jetzt nichts bekannt ist. — So wird natürlich in St. Petersburg erklärt und weil man es bei uns mit dem Kameramacher nicht gerne verberben möchte, beruht sich die „gute“ Presse, diese Nachricht zur Verschönerung zu verzerren.

Der neue Zeppeleintransporter „S 3 10“. Montag früh um acht Uhr erfolgte der schon seit einigen Tagen erwartete erste Aufstieg des neuen Kabinenluftschiffes „S 3 10“. Das Luftschiff manövrierte über dem See. Die Größe, die Form, die Motoranlage und der Propellerantrieb dieses in zweifelhafte Rufe gesetzten Luftschiffes sind im wesentlichen die gleichen wie bei der letzten „Deutschland“, nur die Größe des Schiffes erscheint etwas abgemindert gegen die der früheren Typen. Eine wesentliche Neuerung zeigen die hintere Zylinderkammer, die nach an beiden Seiten des Schiffkörpers über der hinteren Gondel, sondern am Heck des Schiffes in der Mittelachse übereinander zwischen den beiden Schiffsdeckeln angeordnet sind. Die Weitergabe ist unklar, so daß die für heute nachherig geplante Fahrt nach Baden-Baden fraglich erscheint.

Entgleisung eines Vergnügungszuges. Auf der Strecke der mecklenburgisch-pommerschen Schmalspurbahn, kurz vor Heinrichshöh, ereignete sich Sonntag abend ein Unfall. Durch die starke Hitze hatten sich die Schienen zusammengezogen und nach der Seite gebogen. Als ein Ertragszug, der mit Ausfällern voll besetzt war, die gefährdete Stelle passierte, entgleisten die Lokomotive, der Tender und der Gepäckwagen, der zur Personenbeförderung benutzt wurde. Die Lokomotive und der Tender kippte in vollständig um und bohrten sich tief in die Erde; beide sind schwer beschädigt. Der Lokomotivführer und der Feizer konnten sich durch Abspringen retten. Der erstere erlitt an den Händen Brandwunden. Von den Personen im Packwagen, der vollständig zertrümmert wurde, wurde niemand verletzt. Die Strecke blieb mehrere Stunden lang gesperrt.

Amerikanische Millionärstochter verbrannt. Aus New York wird berichtet: Fräulein Haven, die Tochter des Millionärs Haven in Brooklyn, ein Fräulein Helene Wilson, die Tochter eines New Yorker Millionärs, sowie Mr. Warren jun., aus Albany sind in der letzten Nacht in einem Bootshaus in Rantoulet im Staate Massachusetts lebend verbrannt. Zwei Angestellte des Hauses kamen mit schweren Brandwunden davon. Das Feuer wurde durch ein weggeworfenes brennendes Streichholz herbeigeführt, wodurch der frisch geleerte Fußboden in Brand geriet. Die beiden Mädchen liegen in ein Zimmer, das keinen Ausgang hatte und verbrannten dort. Die übrigen im Hause anwesenden Personen sprangen ins Wasser.

Die Typhus-Epidemie in Schneidemühl. Die Typhus-Epidemie in Schneidemühl ist noch immer nicht zum Stillstand gekommen. Im Laufe des Sonntags wurden wieder 23 neue Erkrankungen festgestellt. Die in der Nähe des Krankenhauses aufgestellten Baracken vermögen die Zahl der Patienten nicht mehr zu fassen, und man hat deshalb telegraphisch in Posen zwei neue Isolierhäuser bestellt. Außer den beiden Berliner Charitéärzten sind fünf krankenschwestern und ein Posener Arzt nach Schneidemühl berufen worden. Nach den Mitteilungen der Aerzte wird bei den meisten Kranken die Krisis in dieser Woche eintreten. Das Befinden einiger Erkrankter hat sich seit Sonnabend bedeutlich verschlimmert. Die Aufregung in der Stadt wächst von Tag zu Tag. Zahlreiche Familien, die die Stadt verlassen wollten, um entferntere Häuser aufzusuchen, mußten ihre Absicht aufgeben, weil ihnen überall die Aufnahme verweigert wurde. Selbst die beigelegten ärztlichen Missete über ihren Gesundheitszustand vermochten die Hotel- und Pensionsbesitzer nicht zu beruhigen, da sie durch die Aufnahme der Schneidemühler Familien eine Beunruhigung ihrer anderen Gäste fürchten. In Schneidemühl selbst ist jetzt die Abhaltung der Wochen- und Jahrmärkte untersagt worden. Wie verlautet, ist in der Garnison soeben ein Typhusfall vorgekommen, doch wird von Seiten der Kommandatur über die Erkrankung die Auskunft verweigert.

Wissenschaftlicher Vortrags-Kursus.

Heute Dienstag Abend findet der fünfte Vortrags-Abend des wissenschaftlichen Kursums über das Thema: „Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen“, statt. Der Redner Dr. Dunker beendet heute das Kapitel über die wirtschaftlichen Grundlagen des Sozialismus und es ist erwünscht, daß sich alle Teilnehmer des Kursums pünktlich und vollständig wieder einfinden. Nur der regelmäßige Besucher des Kursums kann einen vollständigen Gewinn aus den Vorträgen ziehen.

Ueber die Gründung einer Arbeiter-Samariter-Kolonie soll in einer Sitzung beraten werden, die Donnerstag, den 29. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6, stattfindet. Genosse Schütz wird das einleitende Referat halten. Alle Parteigenossen und Gewerkschaftler, die bereits als Samariter ausgebildet sind, oder sich ausbilden lassen wollen, sind freundlichst eingeladen.

Bestätigte Stadträte. Die vor einiger Zeit auf sechs Jahre wiedergewählten unbesoldeten Stadträte Giesel, Marx, Schwemmer, Dr. Perls, Haber, Birke und Hoffmann sind jetzt von der Regierung bestätigt worden.

Die Ferien des Stadtausschusses dauern vom 21. Juli bis 1. September. Während dieser Zeit dürfen Termine zur mündlichen Verhandlung nur ausnahmsweise in wirklich schlechten Sachen abgehalten werden.

Das Hallenbad ist im Mai länger als im gleichen Monat des Jahres 1910 benutzt worden. Es wurden 47 753 Bäder gezählt, gegenüber 47 018 im Mai des Vorjahres. Davon: 39 037 (83,6%) Schwimmbäder, 5037 (10,5%) Wannenbäder, 252 (0,5%) Dampf- und Heißluftbäder und 377 (0,8%) elektrische Bäder. Von den Wannenbädern waren 819 (236) Kohlenjäure und 516 Schwefel-, Sulfid- oder -isw. Bäder.

Ordnungsgruppe Breslau des Deutschen Freidenkerbundes. (Verein „Freier Gedanke“.) In der sehr zahlreich besuchten Versammlung am 29. Juni hielt Herr Lothar Neues, Assistent der Königl. Universitätssterntarte, einen anregenden Vortrag über Geschichte und Einrichtung der Breslauer Sternwarte und die augenblicklich zu beobachtenden Himmelskörper und Erscheinungen. Der Verein wird am Donnerstag, den 29. Juni, die Sternwarte besuchen; Treffpunkt ist das Kaiser-Exerzierplatz, Treffzeit Punkt 8 Uhr abends.

Zum Wäckerbock wird uns geschrieben: Vor dem Mikroskop wurde am Sonnabend und Sonntag das Gerücht verbreitet, der Wäckermeister Rischke, Leuthenstraße 51, habe den Tarif des Wäcker- und Konditorenerwerbes anerkannt. Auf mehrere Anfragen hin teilen wir mit, daß vor dem Mikroskop nur folgende Wäckermeister den Tarif anerkannt haben: Fr. Bremer, Polenerstraße 4, E. Panke, Tessastraße 4, W. Franz, Leuthenstraße 6, Ost. Langner, Westendstraße 19, R. Karisch, Silberbrandstraße 3, D. Ritter, Polenerstraße 22, H. Pöhl, Polenerstraße 43, J. Siegon, Schepinerstraße 8. Wie aus der gezeigten Nummer der „Volkswacht“ zu ersehen ist, hat der Wäckermeister D. S. a. z., Altenstraße 35, wiederholt den Tarif durchbrochen und sein Betrieb gilt nicht als geregelt. Man lasse sich durch Redensarten nicht irreführen. Im Zweifelsfalle gibt die Wäckerorganisation, Kupferhämmerstraße 22 (Telephon 7509), gern Auskunft.

„Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich sage Dir, wer Du bist.“ Wegen dieser Meinung wurde eine Musikkapelle entlassen, die in einem hiesigen Restaurant spielte. In dem Restaurant verkehren viele Halbweibdamen, und indem er an die Kapelle rief, rief der Kapellmeister dem Wirt diese Worte zu, sodaß es alle Gäste hören konnten. Der Wirt war darüber sehr aufgebracht, denn er deutete die Beleidigung dahin, als ob der Kapellmeister sagen wollte, so wie seine Gäste sind bist auch du. Die Kapelle, aus drei Personen bestehend, Zither, Gitarre und ein Sänger, klagte vor dem Gewerbegericht auf Zahlung einer Entschädigung von 297 Mk., die aber ermäßigt wurde, weil die Kapelle inzwischen eine andere Stellung gefunden hatte. Die Kläger behaupteten, sie wären auch beleidigt worden; besonders dem Kapellmeister waren fortwährend Vorhaltungen über das Spiel gemacht worden. Sage mir mit wem du umgehst etc. sei eine vollständige Redensart; da brauchte sich niemand beleidigt zu fühlen. Keineswegs sei es eine so schwere Beleidigung, daß man damit die Entlastung begründen könnte. Der Verklagte war anderer Meinung. Eine solche Meinung, meinte er, vor allen Gästen, sei wohl eine schwere Beleidigung. Die Gäste, besonders die Herren, hätten sich darüber aufgehalten, da eine Einigung nicht erreicht wurde, mußte ein Urteil gefällt werden und das sei zu Ungunsten der Kapelle aus. Das Gewerbegericht hatte die Auffassung, daß die Absicht der Beleidigung vorgelegen habe und erkannte daher auf Abweisung der Klage.

Von einer Postkassenschein-Firma. Eine Modistin war eine Zeilang in dem Modewarengeschäft von Hugo Kohn auf der Schweidnitzerstraße beschäftigt. Als Lohn waren für den Tag 4 Mark vereinbart worden. Sie erhielt aber den vereinbarten Lohn nicht. Das Atelier wird Sonnabends nachmittags 5 Uhr geschlossen, während sonst die Modistinnen bis 8 Uhr abends tätig sein müssen. Der zeitige Sonnabendbeschluss, der gesetzlich vorgeschrieben ist, ist wohl ganz gut, wenn nur damit kein Lohnabzug verbunden wäre. Bei einem so feinen Geschäft, das nur die „höchsten Herrschaften“ zu Kunden hat, sollte man das voraussetzen können. Das ist jedoch nicht so. Der Modistin wurden die drei Stunden vom Lohn am Sonnabend abgezogen. Es kam dadurch ein Lohnrest von 24 Mark zusammen. Wegen dieses Betrages klagte die Frau. Vor dem Gewerbegericht gab sie an, beim Chef vorstellig geworden zu sein, der sie damit beruhigte: „Lassen Sie es nur gut sein; sie bekommen jedes Vierteljahr eine Remuneration von 20 Mark, oder wenn Sie auf Ferien gehen, die bei mir nicht bezahlt werden, erhalten Sie im ganzen einen Betrag“. Da die Klägerin aber nichts erhalten hat, verlangte sie die Restschuld. Der Vertreter der verklagten Firma konnte diese Angaben nicht bestreiten; er behauptete jedoch, der Chef hätte die Forderung gemacht, wenn die Arbeit der Klägerin betriebsbedingt ausfalle, das aber sei hier nicht der Fall gewesen. Der Vorsitzende Dr. Braedel bemerkte, daß, wenn die Parteien sich nicht einigen können, dem Chef der Eid auferlegt werden müsse, ob er tatsächlich den Zusatz gemacht habe. Es kam schließlich doch zu einem Vergleich. Die Klägerin erhielt die Hälfte der Forderung.

Geflügelplage vor Gericht. Im November 1910 kamen fortwährend Anzeigen über Geflügelplage aus der Umgegend von Breslau an die Breslauer Polizei. Es war trotz aller Vermühungen nicht möglich, die Täter, die jedesmal an einem anderen Orte auftauchten, abzufassen. Karlowitz, Kletendort, Bödelwitz, Hartlieb, Groß-Mochern, Dmwig und Perdain wurden stark ausgereutet. In einzelnen Fällen wurden von den Tieren auch unbeaufsichtigte Handwagen, auf denen die Leute verpackt wurde, mitgenommen. Außer Gänsen, Enten und Hühnern kamen auch viele Kaninchen abhanden. Das gestohlene Geflügel wurde beim Breslauer Vorkaufshändler Friedrich Feder, Summerell, untergebracht, der es durch Familienangehörige in der Markthalle weiterverkauft. Die Kriminalpolizei kam bald hinter dieses Treiben und ermittelte auch die Geflügelplage, als dieselbe gerade einen neuen Willen gestohlenen Geflügel anbrachten. Es waren die Maurer Wilhelm Weigelt und Paul Tiel, die ins Untersuchungsgefängnis gebracht wurden. Da beide schon bestraft sind, erkannte das Gericht gegen Tiel auf 3 Jahre Zuchthaus und gegen Weigelt auf vier Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust; beide wurden als unzurechnungsfähig erklärt.

Feder, der mitangeklagt war, wurde zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt und sofort verhaftet, da er fluchtverdächtig erschien.

Das Opfer der Mensur. Die in der „gebildeten“ Jugend übliche Schlägerei hat, wie wir gestern berichteten, ein blühendes Menschenleben dahingerafft, den Studenten Lothar Brieger. Der Pauker Dr. Lomnitz ersucht uns nun, mitzutellen, daß ihn an der Blutvergiftung, die dem jungen Manne den Tod brachte, keine Schuld trifft. Die Breslauer Staatsanwaltschaft habe auf seine (des Arztes) Veranlassung die Leiche des Verstorbenen sezieren lassen. Dabei wäre nachgewiesen worden, daß beim Verwunden der Wunde im Gesicht eine Vergiftung nicht eingetreten sei. Dem Studenten seien drei Finger der rechten Hand nicht abgeschlagen, sondern nur verletzt worden. Die vier andern Paukeranten lägen nicht schwer darnieder, seien vielmehr außer jeder Gefahr und gingen ihrem Studium nach.

Sommertheater. (Lieblichs Establishment.) Heute, Dienstag, den 27. Juni, gastiert der Tenorist Walter Grabe zum zweiten Male in der Rolle des „Ange Pitou“ in Charles Lecocq's dreiatmiger komischer Oper „Mamsell Angot“. Im Garten konzertiert das Breslauer Konzert-Orchester unter Leitung seines Dirigenten Pando. Morgen, Mittwoch, den 28. Juni, gastiert Walter Grabe zum 3. und vorletzten Male in „Mamsell Angot“, um sich dann Donnerstag in derselben Rolle wieder zu verabschieden.

Lieblichshöhe. Heute, Dienstag, findet auf der Lieblichshöhe ein Konzert der Stadt-Theater-Kapelle, unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Julius Prüwer statt. Beginn 8 Uhr.

Beim Bierbeschwimmen ertrunken ist am Sonntag in der Oder an der rechten Oderufer-Eisenbahn-Brücke, neben der Weigeltischen Badeanstalt der russische Robert Söfel. Er schwamm dort in der abgestellten Bierbeschwemme zwei Pferde, ritt aber mit ihnen über die bezeichnete Brücke hinaus, geriet in die Strömung, die ihn vom Pferde riß und fortriess. Er ging unter und seine Leiche ist bisher noch nicht geborgen. Der Mann war verheiratet, 44 Jahre alt und wohnte Neue Lauenhagenstraße 44.

Wegen Verbrechen gegen fremdes Leben ist auf Anordnung der Staatsanwaltschaft am Montag eine Friesen verhaftet worden.

Ertränkt hat sich am Montag der Kleinfeldstraße 5 wohnende Anschläger Paul Hill. Er sprang Abends 11 Uhr von der Universitätsbrücke in die Oder und verreckte auch den Rettungsring, den ihm Vorübergehende sofort zuwarfen; er ging unter und seine Leiche ist bisher noch nicht geborgen.

Beim Baden ertrunken ist am Montag, nachmittags 6 1/2 Uhr, unterhalb der Eisenbahnbrücke der rechten Oderufer-Eisenbahn ein unbekannter Schulknabe im Alter von 10 bis 12 Jahren. Er schien tüchtiger Schwimmer zu sein, denn er erreichte auf dem Rücken schwimmend fast die Mitte des Stromes, ging dann aber plötzlich unter und kam nicht wieder zum Vorschein. Seine Leiche ist bisher noch nicht gefunden.

Schwerer Sturzunfall. Die Wollwischerstraße 8 wohnende Witwe Johanna Lachmann ist am Montag Nachmittags beim Überqueren des Fahrweges Ecke Neue Lauenhagen- und Klotterstraße zu Fall gekommen und hat einen Bruch der Kniegelenke erlitten; sie wurde ins Hofeskrankenhaus gebracht.

Verminnt wird seit dem 26. Juni die Nichte eines Kohn-eigners, dessen Kahn kurzzeitig im Unterwasser ist.

Fahndungsbekämpfung. Einem Herrn ist am Sonnabend auf der Heimfahrt vom Spielplatz nach dem Ring zu eine wertvolle goldene Uhr mit goldener Kette im Straßenbahnwagen gestohlen worden.

Einbrüche. In der Nacht zum 18. Juni sind aus einer Wohnung Reherberg 3 durch Einbruch eine Geldtasche mit Inhalt und verschiedene andere Gegenstände gestohlen worden. — Am 22. Juni, nachmittags, in der Zeit von 5 bis 7 Uhr sind aus einer Wohnung auf der Tiergartenstraße 37 ein rot- und grau gestreifter Fenstervorhang, ein Berleamesser, drei Schlüssel und Kleinfaschinen gestohlen worden. — Ebenso sind Einbrecher in die Wohnung eines Arbeiters Rhedigerstraße 2 eingedrungen und haben daraus gestohlen 160 Mark Bargeld, eine Perren-Remontuhr mit Goldband, eine silberne Damenuhr mit Goldrand und laaer Doubletette und einen Trauring, gez. P. B. 28. 10. 05. — Am 26. Juni nachmittags sind Einbrecher in ein Papiergeschäft auf der Vauktstraße eingedrungen und haben verschiedene Papiervaren im Werte von 78 Mk. gestohlen.

Diebstähle. Am 22. Juni nachmittags wurde aus dem Parkstr. Wäckerstraße 25 ein großer vierwädriger Kinderwagen gestohlen, aus der Wohnung eines Studenten auf der Sternstraße etwa 100 Mk.

Gefunden wurden eine braune Reisetasche aus Segeltuch, eine goldene Damenuhr mit silberner Kette, ein Fahrrad, ein silbernes Armband, sechs Portemonnaies mit Inhalt, zwei goldene Damenuhren, ein silbernes Kettenarmband, ein schwarzer Perrenschirm, eine gelbe Manteltasche, eine Brille mit Futteral, bares Geld, eine Zeichnung zu einem Grundstück, eine silberne Damenuhr, ein Armband und ein schwarzer Perrenüberzieher.

Neueste Nachrichten.

Zathos Heimkehr!

Köln, 27. Juni. (S. Tel.-B.) Der von dem Spruchkollegium amtsensichtete Pfarrer Zathos ist gestern abend aus Berlin wieder in Köln eingetroffen. Die evangelische Gemeinde in Köln bereitete ihm auf dem Bahnhofe einen außerordentlich stürmischen Empfang. Eine nach vielen Tausenden zählende Menschenmenge hatte sich schon lange vor der Einfahrt des Zuges in und vor dem Bahnhofe postiert, sodaß der Straßenbahnverkehr vollständig gestört wurde. Pfarrer Zathos wurde bei seinem Erscheinen mit Hochrufen und Tücherwinken empfangen. Die Menge folgte dem Wagen durch die Straßen der Stadt bis zur Wohnung Zathos. Vor seiner Wohnung stauten sich die Anhänger Zathos zu dichtem Haufen und brachten ihrem Pfarrer stürmische Ovationen dar. Bei Pfarrer Zathos treffen unavogeseht Zusammenschlüsse und Kundgebungen aus allen Teilen des Reiches ein. Für heute abend sind zwei Protest-Versammlungen der Evangelischen in Köln anberaumt worden, in denen etwa 15 Redner aufzutreten werden. Die Volkstümliche Vereinigung in Rannheim hat einstimmig in einer Resolution gegen die Verurteilung Zathos Protest eingelegt. Der Akademische Zeitbund München veranlaßt Anfang nächster Woche eine große Protestversammlung gegen das Urteil gegen den Pfarrer Zathos. Als Redner wurde Zathos begeisterter Mitkämpfer, Pfarrer Traub aus Berlin, gewonnen.

Schutz gegen die Cholera.

Berlin, 27. Juni. Der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg hat gestern im „Reichsanzeiger“ folgende Bekanntmachung erlassen: Nachdem die Cholera in Neapel amtlich festgestellt worden ist, bestimme ich unter Hinweis auf die Vorschriften des Bundesrats über die gesundheitliche Behandlung der Schiffe in den deutschen Häfen, vom 20. August 1907 auf Grund des § 25 des Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, vom 30. Juni 1900: Die aus dem Hafen von Neapel nach einem deutschen Hafen kommenden Schiffe und ihre Insassen sind bis

auf weiteres vor der Zulassung zum freien Verkehre ärztlich untersuchen.

Zur französischen Kabinettskrise.

Paris, 27. Juni. Wie der „Temps“ schreibt, hat Cail- laux die Absicht, ein Konzentrationministerium zu bilden, das alle Gruppen der Linken außer den gemäßigten Sozialisten und den Progressisten vertreten würde. Im übrigen erklärt der „Temps“, Cail laux müsse unter allen Umständen die Wahlreform realisieren und mit denjenigen regieren, die das Ministerium Montis gestützt haben. Auch die anderen Blätter beschäftigen sich eifrig mit der Lösung der Ministerkrise. „Radical“ hält es für notwendig, ein definitives Projekt für die Wahlreform zu schaffen. „Republique“, „Action Française“ und „Matin“ sind ähnlicher Ansicht. „Republique Française“ ist der Ansicht, daß die Konstitution abgeändert werden müsse.

Paris, 27. Juni. Eine ganze Reihe von Abgeordneten hat ihre Abstimmung bezüglich der Interpellation, die den Fall des Ministeriums Montis herbeigeführt hat, nachträglich abgeändert, sodaß das im Amtsblatte veröffentlichte Resultat statt der Mehrheit von 24 Stimmen nunmehr eine Mehrheit von 6 Stimmen ergibt, eine Majorität also, die sich für die Regierung ausspricht. Das definitive Resultat ist demnach 241 gegen 286 Stimmen.

Schwere Automobilunfälle.

Berlin, 27. Juni. Ein schweres Automobilunglück ereignete sich gestern gegen 4 Uhr Nachmittags auf der Chaussee zwischen Tansdorf und Kallberge-Nüdersdorf. Ein aus Berlin kommendes Automobil fuhr den ziemlich steilen Berg, den die Straße an der Unfallstelle macht, mit voller Kraft hinab. An einer scharfen Kurve stürzte es um und die Insassen — Sommergäste aus Kallberge-Nüdersdorf — wurden im großen Bogen aus dem Wagen herausgeschleudert. Der Chauffeur des Kraftwagens geriet unter das Automobil und war auf der Stelle tot. Die Insassen des Wagens kamen glücklicherweise mit leichteren Verletzungen davon.

Raffau (Erzgebirge), 26. Juni. Ein schweres Automobilunglück ereignete sich gestern nachmittags in Raffau im Erzgebirge. Ein dem Ingenieur Brühl in Dresden gehöriges Automobil fuhr in vollem Tempo gegen die Ecke eines Bauerngehöftes. Die Insassen, der Ingenieur Urban aus Dresden, seine Frau und der Chauffeur, wurden herausgeschleudert. Urban erlitt einen Schädelbruch und einen Hirnbruch. Er starb nach wenigen Minuten in den Armen seiner Frau, die wie der Chauffeur mit leichten Verletzungen davon gekommen war. Zwei Bauernknechte, die gerade vor der Ecke des Hauses im Gedräng gestanden hatten, wurden an die Wand des Hauses geschleudert und erlitten Knochenbrüche. Der Chauffeur wurde verhaftet.

Zollverwüstungen in Valparaiso.

New York, 27. Juni. Aus Valparaiso wird zu dem kürzlich aufgetretenen Zollverwüstungen eine Meldung aus Yajique. Ein aus Yajique kommender Kanibän erklärte, er habe neun Schiffe untergehen sehen. Im Innern des Landes sind durch den Zollverwüstungen über 200 Personen getötet worden. Aus ganzen Gebietsteilen, über die der Wirbelsturm mit verheerender Kraft ging, fehlen jegliche Nachrichten, da die Herstellung der verbleibenden Telephon- und Telegraphenleitungen mehrere Tage im Anbruch nehmen wird. Von der größten Anzahl der im Osten verfunkenen Leichter-Schiffe wurde die größere Mehrzahl der Besatzung geborgen.

Bonn, 27. Juni. Das hiesige Schwurgericht verurteilte gestern den Ober-Telegraphen-Assistenten Oscar Duttman wegen Unterschlagung im Werte von 600 Mark zu 6 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust. Der verurteilte Duttman hat in den Jahren 1905—1910 rund 150 000 Mark amtlicher Gelder unterschlagen. Er hatte, obwohl er mit der Kasse eigentlich nichts zu tun hatte, herausgehobene eingezogene und diese für sich verwendet, die Beträge aber als Augenstände ruhig weitergehoben. Er ließ sich auch aus der Kasse des Amtes Bargeld ohne jede Befehle und gab als Grund dafür dabei an, er wolle mit den Geldern Hausforderungen bezahlen. Bei seinem Telegraphendirektor hatte er sich 32 000 Mk. ohne jede Sicherheit geliehen und auch erhalten, um sie angeblich vornehmlich anzulegen. Der Direktor sah sein Geld niemals wieder.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Regelung in Pegel, in Höhe, in 1/10 m	Regelung in Pegel, in Höhe, in 1/10 m	Regelung in Pegel, in Höhe, in 1/10 m	Regelung in Pegel, in Höhe, in 1/10 m	Regelung in Pegel, in Höhe, in 1/10 m	Regelung in Pegel, in Höhe, in 1/10 m	Regelung in Pegel, in Höhe, in 1/10 m	Regelung in Pegel, in Höhe, in 1/10 m	Regelung in Pegel, in Höhe, in 1/10 m	Regelung in Pegel, in Höhe, in 1/10 m					
27. 6.	1,200,60	2,13	-0,23	-10,98	4,48	1,94	0,77	0,48	4,90	-1,52	0,31	2,7		
26. 6.	1,250,50	2,19	-0,25	-10,07	4,48	2,12	1,91	0,63	4,94	-1,44	0,38	1,34		
Werte	1,68	0,98	2,72	-0,43	2,46	2,07	1,07	2,38	1,68	1,56	5,00	0,14	1,88	1,75

* Zusufassung 5566 l. Rothweiz 3,50; für Treiben (Obere) 0,10; Niederung 3,25

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

- Dienstag, den 27. Juni:
 - Stabierarbeiter. Versammlung, Zimmer 5.
 - Mittwoch, den 28. Juni:
 - Maurer. Versammlung im Saale.
 - Arbeiter-Radsahrer. Versammlung im Zimmer 1.
 - Zimmer-Verband. Bezirks- und Hauskassierer-Versammlung im Zimmer 3.
 - Donnerstag, den 29. Juni:
 - Arbeiter-Samariter. Versammlung, Zimmer 6.
 - Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2—9 Uhr im Zimmer 7.
 - Sonnabend, den 1. Juli:
 - Verband der Kupferschmiede. 25-jähriges Stiftungsfest im großen Saale.
 - Sonntag, den 2. Juli:
 - Maschinen- und Geizer. Nachmittags 2 Uhr: Versammlung im Zimmer 2.
 - Montag, den 3. Juli:
 - Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2—9 Uhr im Zimmer 7.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

- Distrikt 3a. (Gräblicher Vorstadt nördlich.) Wegen unvorhergesehener Veränderung des Distriktsführers ist die Abrechnung mit den Bezirksführern erst Mittwoch im Distriktslokal.
- Innere Stadt (Distrikte 18 und 19). Für die weiblichen Mitglieder tagt am Mittwoch, den 28. Juni, abends 8 Uhr, ein besonderer Frauen-Abend im Restaurant „Bar auf der Orgel“, Kupferhämmerstraße Nr. 39. Referent ist der Genosse Peiser, der das Thema: „Mehr Mutter- und Säuglingschutz“ behandeln wird. Auch die Genossinnen der Nachbar-Distrikte sind dazu freundlichst eingeladen. Das Erscheinen einer jeden Genossin der inneren Stadt ist notwendig.
- Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land)-Neumarkt. Land-Distrikt 15. Bezirke Hartlieb, Krieters, Kletendort etc. Mittwoch, den 28. Juni, abends 8 Uhr, bei Riedel in Hartlieb: Zusammenkunft der Frauen. Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Paratich-Breslau über „Schutz den arbeitenden Frauen und Kindern.“ 2. Wahl von Bezirksführerin und Frauen-Delegierten. Um zahlreichsten Besuch bittet Der Distriktsführer.

B. Durra, Friedrichstraße 17, ...

Abzählungsgeschäfte, ...

Alkoholfreie Getränke, ...

Bilz-Sinalco, ...

Bäckereien und Konditoreien, ...

Berger, Friedr., ...

Bierbrauereien, ...

Briefmarken, ...

Bücher, ...

Büchereien, ...

Bücherverhandlung, ...

Bücher, ...

Bücher, ...

Bücher, ...

Bücher, ...

Bücher, ...

Bücher, ...

Bücher, ...

Bücher, ...

Bücher, ...

Erscheint 3 mal wöchentlich, ...

Fahrräder, ...

Fahrräder, ...

Fahrräder, ...

Fahrräder, ...

Fahrräder, ...

Fahrräder, ...

Fahrräder, ...

Fahrräder, ...

Fahrräder, ...

Fahrräder, ...

Fahrräder, ...

Fahrräder, ...

Fahrräder, ...

Fahrräder, ...

Fahrräder, ...

Fahrräder, ...

Fahrräder, ...

Fahrräder, ...

Fahrräder, ...

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Barth, C., ...

Barth, C., ...

Barth, C., ...

Barth, C., ...

Barth, C., ...

Barth, C., ...

Barth, C., ...

Barth, C., ...

Barth, C., ...

Barth, C., ...

Barth, C., ...

Barth, C., ...

Barth, C., ...

Barth, C., ...

Barth, C., ...

Barth, C., ...

Barth, C., ...

Barth, C., ...

Barth, C., ...

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Bygonische Artikel, ...

Stadthauskeller, ...

Stadthauskeller, ...

Stadthauskeller, ...

Stadthauskeller, ...

Stadthauskeller, ...

Stadthauskeller, ...

Stadthauskeller, ...

Stadthauskeller, ...

Stadthauskeller, ...

Stadthauskeller, ...

Stadthauskeller, ...

Stadthauskeller, ...

Stadthauskeller, ...

Stadthauskeller, ...

Stadthauskeller, ...

Stadthauskeller, ...

Stadthauskeller, ...

Stadthauskeller, ...

Stadthauskeller, ...

Stadthauskeller, ...

Achter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Dresden, den 26. Juni.

In Anwesenheit von 388 Delegierten, die 2 276 395 organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten, und in Gegenwart der Delegierten der gewerkschaftlichen Landeszentralen der Schweiz, Oesterreichs, Ungarns und Schwedens, sowie des Genossen Ebert vom Reichsvorstand ist heute im Saale des „Evoli“ der Achte Deutsche Gewerkschaftskongress zusammengetreten, um seine für die deutsche Arbeiterbewegung hochwichtigen Beratungen zu pflegen. Um 9 1/2 Uhr vormittags eröffnete Reichstagsabgeordneter Genosse Lezien namens der Generalkommission den Kongress. Er führte, nach einer Begrüßung der deutschen und ausländischen Delegierten, und nachdem er mitgeteilt hatte, daß die gewerkschaftlichen Landeszentralen Englands und Dänemarks, die an einer Delegation verhindert sind, dem Kongress den Ausdruck ihrer brüderlichen Solidarität übermittelt haben, aus:

Die letzte Reichstagsperiode hat uns einen in enormen Fortschritt gebrachten, daß unsere in Hamburg ausgesprochene Hoffnung, die zweite Million bald zu überschreiten, noch übertraffen worden ist. Der Mitgliederstand ist im Jahr 1910 von 2 617 000 auf 2 276 000 gestiegen. Für die Lohnverhältnisse unserer Gewerkschaften haben wir in der Reichstagsperiode von 1909 bis 1910 auf 34 1/2 Millionen, der Lohnbestand von 118 auf 22 6 Millionen gestiegen. Aber es wäre Selbsttäuschung, wollten wir uns verhehlen, daß die

Organisation der Unternehmer

vielleicht noch stärker gewachsen ist. Bis vor wenigen Jahren beobachteten die Unternehmer eine Abwechslung, sie sind jetzt zur Ungeheuerlichkeit übergegangen. Sie sehen nach Möglichkeit den Ablauf der Tarifverträge für eine große Zahl von Gewerkschaften auf eine gleiche Zeit fest, und wenn die Arbeiter dann nicht bedingungslos auf die Vor schläge der Unternehmer für die Neuordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingehen, dann kommen große Ausfälligkeiten, wodurch man die Finanzkraft unserer Organisationen zu brechen hofft. 1910 ist ein Mannsjahr gewesen wie bisher keins. Nach dieser Entwicklung können wir mit aller Sicherheit darauf rechnen, daß wir noch sehr schweren Kämpfen entgegengehen und daß das Unternehmertum insbesondere an Ausfälligkeiten noch alles weitaus übertrafen wird, was wir bisher erlebt haben. In all diesen Kämpfen sind wir auf die eigene Kraft angewiesen. Es wäre ein großer Irrtum, anzunehmen, daß durch die sozialpolitische Gesetzgebung eine Verminderung der Kämpfe herbeigeführt werden könnte. Der Zweck dieser Gesetzgebung ist nach unseren Erfahrungen, unsere Organisationen zu stärken. (Sehr richtig!) Immer mehr gewinnt es den Anschein, daß die Staatsverwaltung die Wünsche der Arbeiterklasse nur deshalb hört, um dann in ihren Werken das Gegenteil davon zu tun. Das organisierte Unternehmertum braucht nur zu wissen und die Staatsbehörden, die zu objektiver Leitung berufen sind, handeln dann so, wie Angehörige des Unternehmertums. (Lebhafte Zustimmung.) Das hat sich zuletzt noch bei der Erledigung der Reichsversicherungsordnung und in der Frage der Beteiligung der Gewerkschaften an der internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden gezeigt. Die Gewerkschaften wurden vom Zentralkomitee dieser Ausstellung zur Beteiligung und dazu aufgefordert, alle gewerkschaftlichen Veranstaltungen in diesem Jahre hier stattfinden zu lassen, damit die Delegierten die Ausstellung besichtigen können. Dies ist ja auch der Grund, warum unser Kongress in Dresden tagt. (Lebhaft.) Wenn die Frage nach unseren Konzeptionen danach zu entscheiden wäre, was auf gewerkschaftlichem Gebiete geleistet wurde, dann stehen Dresden und eine Reihe sächsischer Städte immer an erster Stelle, schon deshalb, weil nirgends unsere Arbeit so schwer war, wie unter dem sächsischen „Javel“, jenem Verbandsführer, nach dem zur Bildung von Zweigvereinen unserer Verbände die Genehmigung des Ministeriums nötig war. Damit wurde ja auch die am 11. August 1871 in Dresden beschlossene Zusammenfassung der Gewerkschaften in Eisenacher Richtung durch die Leipziger Polizei unmöglich gemacht. Die Beteiligung an der internationalen Hygiene-Ausstellung ist den Gewerkschaften durch die sächsische Regierung und das sächsische Unternehmertum unmöglich gemacht worden. Wir haben darüber im schriftlichen Bericht gesprochen, hier will ich nur feststellen, daß ein weiteres Entgegenkommen überhaupt nicht möglich ist, als es die Gewerkschaften und die Generalkommission den Anforderungen des Ausstellungs Komitees betreiben haben. Wir waren bereit, uns einer besonderen Turn zu unterwerfen, nur sollten nicht die Unternehmer darüber befinden, was ausgestellt werden soll, sondern ein Komitee von Sozialpolitikern. Wir waren sogar bereit, in der auf unsere Kosten zu erbauenden Halle dem Unternehmertum einen Raum für eine Ausstellung einzuräumen. Aber wir wurden rundweg abgewiesen. Der Grund für dieses Vorgehen kann nur gewesen sein, daß eine solche Ausstellung doch wohl das Lob eingeschränkt hätte, das sonst immer den sanitären Einrichtungen der Betriebe in Deutschland geschenkt wird. (Sehr richtig!) Wir haben nicht nötig, eine Tendenz walten zu lassen, wir brauchen nur das

Glück der Heimarbeiter

vorzuführen und es hätte genug abfärbend gewirkt. (Sehr richtig!) Ja, wir können gar nicht alles ausstellen, wie es wirklich ist. Sollen wir die Tischen und Stühlen, die kleinen Kinder, die da mit zarten Fingern arbeiten müssen, dem sensationellsten Publikum vorführen? Durch die Jurisdiktion unserer Ausstellung hat die Internationale Hygiene-Ausstellung eine Tendenz bekommen, die Tendenz zur Schönfärberei. (Lebhaftige Zustimmung.) Wenn wir in Bezug auf die sanitären Einrichtungen der Betriebe wesentliche Fortschritte gemacht haben, so nicht dank der Gesetzgebung und dem guten Willen des Unternehmertums, sondern dank dem Druck unserer gewerkschaftlichen Organisationen. (Zustimmung.) In der Heimindustrie aber bestehen sanitäre Zustände, die jeder Beschreibung spotten, und deshalb müßte eine solche Ausstellung nicht nur das Gute zeigen, das geschaffen worden ist, sondern auch was noch geschaffen werden müßte, um vollständige sanitäre Einrichtungen zu schaffen. Wenigstens mündlich sollte von diesem Kongress diese Aufforderung gegeben werden. Der ganze Vorfall ist ein neuer Beweis für den ungeheuren Einfluß des Unternehmertums. (Allgemeine Zustimmung.) Nun treten wir in unsere Kongressarbeit ein und wir erhoffen von ihr, daß sie die Einheitsfront und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung in Deutschland fördern und kräftigen wird, damit endlich Zustände eintreten, wo nicht mehr die Staatsgewalt jedem Wind des Unternehmertums folgt, sondern wo sie auch genötigt sein wird, den Wünschen und Forderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen. (Lebhafter Beifall.) Mit einer warmherzigen Rede hieß dann Stadtverordneter und Arbeitersekretär B u a d den Kongress im Namen der Gewerkschaften Dresdens willkommen. In der Dresdener Arbeiterschaft regt sich Kampfes- und Lebensfreude. Überall wirken die Gewerkschaften aufklärend, man fühlt das Nahen einer neuen Zeit, die sich auch dokumentiert in der politischen Vertretung. Bis 1908 vertrat unser Dr. Stadnauer die Stadt Dresden, während die Umgegend auch in diesen Reichstagen die Parteiveteranen Horn und Raden geleitet hat. Im Landtag hat die Arbeiterschaft unter 91 Abgeordneten 25 Vertreter, im Dresdener

Stadtparlament sitzen trotz des ungünstigen Wahlrechts unter 84 Stadtverordneten 15 Sozialdemokraten. Die Genossenschaftsbewegung ist gerade in Dresden tief verankert im Volkskörper. Der Konsumverein hat einen Umlauf von 17 Millionen Mk. jährlich und 1000 angestellte Beamte. Gerade durch die Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft ist er zu dem geworden, was er ist. — Willkommen, Gewerkschaftsgenossen zur heilsamen Arbeit im guten Gelingen! (Lebhafter Beifall.)

Die Konstituierung des Kongresses vollzieht sich rasch. Zu Vorsitzenden werden, nachdem Bismarck abgelehnt, Leipziger, Schlichte und Legien gewählt: zu Schriftführern Schneider, Fabrikarbeiter, Josephsohn, Kaufleute, Henschold, Bäcker, Dreher, Transportarbeiter, Müllers, Schneider und Krähig, Textilarbeiter.

In die Mandatsprüfungskommission werden gewählt Brückner (Berlin), Altwater (Stuttgarter), Engelbrecht (Weißh., Glocke Berlin), Bender (Grafelfeld), Krause (Chemnitz) und Rinze (Berlin). Die Geschäftsordnung wird genehmigt und die Arbeitszeit auf 9-4 Uhr festgelegt.

Als Tagesordnung wird festgesetzt:
Rechnenschaftsbericht der Generalkommission. Bericht: Legien.
Beratung der Anträge betreffend:
a) Allgemeine Resolution.
b) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern.
c) Streikunterstützung und Streikstatistik.
d) Arbeiterinnen-Sekretariat.
e) Korrespondenzblatt.
f) Sozialpolitische Abteilung.
g) Zentral-Arbeitersekretariat.
h) Vereinbarungen mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unterstützungskasse. (Dieser Punkt ist in die provisorische Tagesordnung eingestellt worden, nachdem die Verhandlungen mit den Genossenschaftlichen soweit gediehen sind, daß das Projekt einer Volksversicherung dem Kongress vorgelegt werden kann, das der ungehörigen Ausbeutung der Arbeiter durch Privatversicherungs-gesellschaften ein Ende bereiten soll.)

Das Realisationsrecht in Deutschland und der Vorentwurf zu einem Strafgesetzbuch. Referent: Dr. Peinemann-Berlin.

Heimarbeiterrecht und Hausarbeitsgesetz. Referent: C. Reichmann-Bremen.

Arbeiterrecht und Arbeiterversicherung. Referent: Robert Schmidt-Berlin.

Arbeitsnachweis und Arbeitslosen-Unterstützung. Referent: Paul Umkrecht-Berlin.

Die Stellung der Privatangestellten im Wirtschaftsleben. Referent: V. Laue-Damburg.

Bildungsbestrebungen und Bibliothekwesen in den Gewerkschaften. Referent: J. Sallensbach-Berlin.

Veranlagung sonstiger Anträge.

Es wird die Einsetzung einer aus den Industriegruppen zu wählenden niedrigen Realisationskommission beschlossen.

Vorsitzender Schlichte: Wir alle hoffen, daß unser langjähriger Vorsitzender Bismarck bald ganz hergestellt ist und daß er wieder präsidieren kann. (Beifall.) Es folgen

B. Prüfungsvorreden.

Söderberg-Schweden: Zwischen den klassenbewußten Arbeitern aller Länder besteht ein starkes, ideales Band. Bei unserer Wiederaufhebung im Jahre 1909 mußten wir auf die Hilfe der Internationale rechnen. Die organisierten Arbeiter Deutschlands zeigten durch die Tat, daß sie international denken und daß sie verstanden, um welche hohen Kampfpriest es ging. Dafür spreche ich jetzt unseren tiefgefühltesten Dank aus. Niemand werden die organisierten Arbeiter Schwedens Ihre Hilfe verweigern. Es ist den Unternehmern nicht gelungen, unsere Organisationen zu zerstören. Unser Generalrat hat die Forderung der Unternehmer nach einer ihnen genehmen Verhandlungsordnung zurück. Die zweimalige Ablehnung der Tarifvorlage der konservativen Regierung im Reichstag ist ein weiterer moralischer Erfolg für uns. Würden auch unsere Verbände geschwächt, so ist doch der Kern unerschütterlich. Von dem Wahlkampf in diesem Sommer hoffen wir gute Erfolge. Wir wollen stets mit der Internationale marschieren. Glück auf! (Lebhafter Beifall.)

Huppert-Oesterreich: Zwischen Ihnen und uns besteht außer dem Band der Internationalität auch eine enge Freundschaft. Unsere Erfolge sind geringer als Ihre, Sie kennen ja den Kampf, den wir jeder Tag in unseren eigenen Reihen zu führen haben. Wir werden stets Ihrem Beispiel folgen. Gewiß werden wir uns auch Ihrer künftigen Erfolge freuen können. (Beifall und Handklatschen.)

Jaszi-Ungarn: In unserm mittelalterlichen Land haben wir noch nicht einmal das Realisationsrecht, aber trotzdem geht es auch bei uns vorwärts. Das haben wir größtenteils Deutschland zu danken. Wir wünschen Ihnen besten Erfolg! (Beifall.)

Kaujmann vom Zentralverband Deutscher Konsumvereine: Auch wir begrüßen Sie herzlich. Die vor sechs Jahren von Ihnen in Köln gestellten Forderungen an uns sind zum Teil erfüllt. Es bestehen Reichs- oder örtliche Tarife mit unseren Arbeitern und Angestellten. Wir wollen im Verein mit Ihnen vorbildliche Arbeitsverhältnisse schaffen. Wir haben schon jetzt eine allgemeine Unterstützungskasse für unsere Arbeiter und Angestellten. Jetzt wagen wir uns gemeinsam an das schwierige Problem der allgemeinen Volksfürsorge. Unsere Erfolge sind darauf zurückzuführen, daß wir viele gemeinsamen Aufgaben haben. Die Gewerkschaften wären um ihre Erfolge gebracht, wenn nicht die Genossenschaftsbewegung wieder wäre nichts ohne eine geistliche Arbeiterkraft, die sie trägt. Sie brechen die Abhängigkeit vom Kapitalisten als Arbeitgeber wie die vom Händler. Mögen Ihre Verhandlungen abermals dazu beitragen, daß die Arbeiter befreit werden von gottgewollten und nichtgottgewollten Abhängigkeiten. (Großer Beifall.)

Der Rechnungsbildungsbericht der Generalkommission.

Legien verweist einleitend auf die regelmäßige schriftliche Berichterstattung an die Zentralvorstände und auf den ausführlichen Bericht. Zu der in letzter Zeit viel besprochenen Frage der Gewerkschaftsschule und den dazu vorliegenden Anträgen bemerkt Legien, daß er eine Verlängerung der Kurse abzulehnen wolle, ebenso eine Vereinigung von Partei- und Gewerkschaftsschule. Unter vielseitiger Zustimmung wird er sich weiter gegen das Verlangen, nur Parteigenossen als Lehrer zuzulassen und verliest eine schriftlich vorliegende Erklärung der Generalkommission. Danach soll bei der Anstellung von Lehrern entscheidend sein, ob der Lehrer sich dieser Aufgabe gemachten zeigt, seine Vorträge einwandfrei sind und ob er das Vertrauen seiner Schüler besitzt. Von den Schülern seien Beschwerden gegen die Lehrer nicht erhoben, weshalb eine Änderung in der Besetzung der Lehrkräfte nicht notwendig erscheine. — In der Frage der Durchführung der Maifeier bittet Legien, endlich Frieden eintreten zu lassen und die zwischen Generalkommission und Parteivorstand getroffenen Vereinbarungen debattelos anzunehmen. Er beschließt sich dann noch mit den Differenzen, die sich mit einzelnen Parteischristen, nicht mit der Partei, ergeben haben; mit dem Parteivorstand werde einmütig zusammengearbeitet. Lebhaftige Zustimmung findet besonders seine Abwehr gegen den

den Gewerkschaftsangehörigen gemachten Vorwurf, daß sie ihrer Stellung zu bürgerlichen Ansichten kämen. — Die auf Gewerkschaftsschule und die Maifeier bezüglichen Anträge erhalten nicht einmal die erforderliche Unterstützung durch 20 Delegierte, sie stehen also nicht zur Verhandlung. — Ueber einen Antrag eine besondere Kommission zu wählen, die in Gemeinschaft mit der Generalkommission die Lehrkräfte an der Gewerkschaftsschule anstellen und über die Ausgestaltung der Kurse soll, entzündet sich eine längere Debatte. Weiter werden die Anträge erörtert, die die Schaffung eines Generalstreikfonds und die Einführung eines Umlageverfahrens bei umfassenden Streik und Ausperrungen verlangen.

Der Antrag bezüglich der Gewerkschaftsschule wird mit großer Majorität abgelehnt. Die Anträge bezüglich der Unterstützung der Vorständekonferenz überweisen. Ein Antrag der die Kartelle zur Unterstützung der Hausangestellten vorschlägt, wird angenommen.

Wegen die Tätigkeit der Generalkommission werden keine Einwendungen erhoben.

Darnach werden die vorgelegten Vereinbarungen zwischen Konsumgenossenschaften und Generalkommission gutgeheißen.

Aus Oberschlesien.

Wahlvorbereitungen der Industriebetriebe.

Der Freisinn hat in Oberschlesien für die kommende Wahlen die Segel gestrichen. Alle seine Führer, die noch kurzer Zeit für ein demokratisches Deutschland durch die Dürre gehen wollten, sind jetzt aufhellig geworden. In das schlesische Wahlkommen, den Wahlkreis Katowitz, hat den Nationalliberalen zu überlassen, scheint dies 2 Kompromiß auch nicht schmeichelnd für den Kreis Peuthen-Larnowitz geltend bekommen haben. Mit dem Gründen: von „Leutschen W. Verein“ hat man nun auch im Kreis Peuthen begonnen. Donnerstag, den 22. d. Mts., sind die Vertrauensmänner, Donnerstags in Katowitz zu einer Vertikalen in der Grotte zusammengekommen, in der über die kommenden Wahlen beraten wurde. Vereinen waren sämtliche Vorstände der freijünglichen Wahlvereine, sowie die industriellen Schlichter Hilger, Althmann, Wilger, Dr. Wolz und der Eisenbahnenpräsident Sarré. Heirat Hilger machte dem freijünglichen Wahlverein den Vorwurf, daß er den Interessen der Industrie entgegenstehe. Er bedauerte allgemein die ablehnende Haltung des Reichsministers gegen die schlesischen Anträge auf Tarifermäßigung. Wie also das kommende Wahlmandat aussehen soll, geht aus zur Genüge hervor, daß alle Anträge auf Tarifermäßigung mit der Begründung gestützt worden sind, für die Arbeiter Arbeitsmarkt günstiger zu gestalten. Man kündigt auf verschiedenen Werken eine größere Anzahl Arbeiter, um auch einzelnen Gemeinden für die Anträge mobil zu machen. Diese Tarifermäßigungspolitik der schlesischen Industriebetriebe ein Zeugnis auf Kosten der Steuerzahler ist, hat uns schon mitgeteilte Submissionsliste der „Haberbusch“ beweisen, bei dem Unterführungsprojekt in Bismarckhütte 20 Prozent weniger bot. Und schon wieder liegt uns so ein Preisblatt vor. Bei einer Ausschreibung der Eisenbahnbau-Arbeit Berlin, Götlicher Bahnhof, auf Anfertigung und Aufstellung eisenen Ueberbaues für die Unterführung der Holzholzstraße trugen die Forderungen 212.554 bis 202.389 Mark. Das drühte Angebot machte die berechnete Königs- und Laurahütte deren Direktor Herr Scheinart Hilger ist. Zwischen dem einen der beteiligten Firmen beträgt demnach die Differenz vereinigten Königs- und Laurahütte rund 99.290 Mark, fast ein Drittel des Höchstangebots. Natürlich wird der Schacher vom ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännlichen Verein zu entschuldigen versucht. In seinem Geschäftsbericht wird sagt, daß die Abgabebriefe nur mit finanziellen Opfern zu reichen und zu halten waren, nämlich so, als wenn den Schachtonen weniger am Profit, als an der Produktion und Beschäftigung der Arbeiter gelegen wäre. Trotz der „Finanz-Opfer“ hatte die Katowitzer Aktiengesellschaft 14 Prozent (berühmte), Kohlenwerke 11 Prozent und die berechnete Königs- und Laurahütte 5 Prozent Dividende im letzten Geschäftsjahr zu verteilen. Neben dieser Dividende sind mehrere Millionen an Abschreibungen verbucht worden. Wenn die einigte Königs- und Laurahütte nur 5 Prozent Dividende verteilen drachte, so liegt dieses nur daran, daß sich Hilger mit dem neu errichteten Rohrnetzwerk, das größten Teil lag, verspekuliert hatte. Immerhin ist bei so einer Schacherei bei Submissionen und der zur Verteilung gelang Dividende wenig von der Konkurrenz der norddeutschen Industrie zu merken. Das es durch das Wahlabkommen zwischen Freisinn und Nationalliberalen dem Berg- und Hüttenmännlichen Verein nunmehr auch gelingen will, den Freisinn für Eisenbahntarifpolitik zu gewinnen, ist nicht zu leugnen. Soß den Freisinnigen von jeder die Renommierpolitik eigen, so daß Programm gleich einem Wiederläufer viel vortragen kann. In die Kandidaten für die zwei Kreise ist man sich noch einig. Man will erst im Juli darüber entscheiden. Die Parteiführer aber wird wissen, was sie von solchen „über Kandidaturen“ zu halten hat. Der Wahltag wird damit beste Zahltag für die Ausbeutung der Arbeiter werden.

Königs- und Laurahütte, 27. Juni. Kartellbericht. Die Sitzung befaßte sich mit der am 18. Juni stattfindenden Werberger Sitzung. Da die Gegner diesmal die größten Anstrengungen machen werden, die Liste des Gewerkschaftsartikels mit Kraft ausbringen, so muß die Zeit bis zur Kraftig mit Agitation ausgenutzt werden. Die Kandidaten Gewerkschaftsartikels sind:

- Adolf Klose, Tischler,
- Johannes Kusch, Buchdrucker,
- Kurt Majer, Dreher,
- Paul Decker, Steinseher,
- Emil Heinrich, Tapezierer,
- Paul Maus, Schmied,
- Johann Parba, Maurer,
- Paul Czeta, Hobler.

Wilhelm Weib, Maschinenarbeiter.

Zum kommenden Gewerkschaftsfest wurde beschlossene den Magistrat einen Antrag auf 100 Mark Beihilfe zu stellen. Es ist ja bekannt, daß die Stadtväter der Schützen- und Freiverein sowie dem Verein ebemaliger Jäger je 200 Mark für ihre Bundesfeste bewilligten. Die Stadtväter meinten, solche Feste den Fremdenverkehr der Stadt heben, und moßten im Interesse des Handwerks in der Stadt bleiben. Gewerkschaften, die mehr auf ihre Stärke vertrauen, würden jedenfalls ein Gnadengeschenk von 100 Mark schon die Teilnahme am Feste, haben die Verbände der Umgegend zugesagt, so daß ein großer Fremdenverkehr zu erwarten ist. Das Komitee wird sich Mühe geben, den Wünschen nach möglichst viel Fremdenverkehr Rechnung zu tragen, so daß der beste Antrag wohl auch das geneigte Ohr des Magistrats finden könnte.

Reuhabt OS, 26. Juni. Von den Franzosen in der Provinz ist einer gut besuchten Versammlung in der Gewerkschaftshaus geleitet. In der Versammlung wurden die Deutschen Transportarbeiterverband und seine Erfolge in Schlesien und Polen. Ausgehend von der seit mehreren

